

VORAN

MARXISTISCHE ZEITUNG FÜR SPD, JUSO UND GEWERKSCHAFT

Nr. 46

Juni/Juli 1980

80 Pfg. Solidaritätspreis DM 1,20

Strauß kann gestoppt werden.

Das ist die Lehre, welche aus den letzten Landtagswahlen im Saarland und in Nordrhein-Westfalen (NRW) gezogen werden muß.

Strauß selbst ist der beste Wahlhelfer der SPD. Die bundesweite "Wende", welche die CDU in NRW einleiten wollte, fand statt - allerdings andersherum, als sie es geplant hatte!

Das Stimmenergebnis beleuchtet die Stimmung von Millionen von Kollegen: Sie wollen keine soziale Demontage, keine Rotstiftpolitik, kein Angriff auf den Lebensstandard. Sie wollen die Spaltung der Gewerkschaften verhindern und sich nicht zu Opfergängen für die Unternehmer hergeben.

Wieder einmal waren es vor allem die Jugendlichen und die Arbeiterklasse, die sich hinter ihre traditionelle Massenpartei, die SPD, stellten. Die Partei schoß dabei sogar über ihr selbstgestecktes Wahlziel hinaus: im Landtag ist sie jetzt mit der absoluten Mehrheit ausgestattet.

Von den aktiven Mitgliedern an der Basis und in den Ortsvereinen wurde dies erfreut begrüßt. Die Parteiführung reagierte unsicher. Sie weiß ganz genau, daß sie jetzt unter Druck stehen

von INGOLF BECKER,
SPD-Mitglied,
Remscheid

wird. SPD-Mitglieder und Anhänger erwarten von ihr jetzt eine offensive Politik. Die Ausrufe von der "FDP als Bremsen" zieht nicht mehr.

Die SPD hat ihre Anhänger allerdings nicht mit einem positiven Programm mobilisiert. Das war 1972 anders. Damals bot die SPD ein umfangreiches Paket sozialer Reformen an: Bodenreform gegen die Spekulantenaia; mehr sozialen Wohnungsbau; eine Steuerreform, welche die Arbeitnehmer grundlegend entlastet; eine große Bildungsreform mit Chancengleichheit und Gesamtschule für alle; Vermögensbildung zur Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums; erweiterte Mitbestimmung (auch am Arbeitsplatz) und Humanisierung der Arbeitswelt; Vollbeschäftigung; Umweltschutz; "mehr Demokratie wagen"; Frieden, Abrüstung und Entspannung; und vieles mehr.

OFFENSIVER WAHLKAMPF NÖTIG

STOPPT STRAUSS!

Für eine SPD-Alleinregierung mit sozialistischem Programm

Inzwischen wurden die meisten dieser Vorhaben sang- und klanglos aufgegeben. Die positiven Auswirkungen anderer Reformen wurden nach wenigen Jahren wieder von der kapitalistischen Wirklichkeit überholt. Die schwere Wirtschaftskrise 74/75 hat einen Strich durch die Rechnung gemacht.

Heute versucht die SPD-Führung nur noch, die kapitalistische Krise zu verwalten. Die Arbeiterklasse, die Jugendlichen, die Rentner, die Mieter, die Sozialhilfeempfänger, die Wohnungssuchenden - sie alle leiden unter der Krise. Ihre Situation hat sich in den letzten Jahren verschlechtert.

Dennoch haben sie SPD gewählt. Gegen die Drohung "Strauß", welche sie ein totales Abschichten des "Sozialstaates" befürchten ließ, sahen sie nur eine Wahl: SPD - trotz alledem!

Wie könnte die Wahlmobilisierung für die SPD erst aussehen, wenn sie offensiv und kämpferisch für soziale Reformen eintreten würde? Wenn sie gleichzeitig die FDP angreifen würde, deren Bremsenrolle so oft beklagt wurde? Wenn sie die Herausforderung annehmen würde? Eine absolute Mehrheit, eine SPD-Alleinregierung wäre zweifellos eine realistische Chance...



Strauß selbst schlägt inzwischen eine härtere Gangart ein. Aber unter dem Motto "abwiegeln, herunterspielen, die Stimmung dämpfen", setzt die SPD-Spitze die gute Ausgangsposition für die Bundestagswahl aufs Spiel. Sie will die "soziale Harmonie" nicht stö-

ren, obwohl die Zeiten der "sozialen Harmonie" längst vorüber sind - gerade dies zeigt doch die Kandidatur von F.J.S.!

Was ist zu tun, um Strauß zu stoppen? Ein offensiver, kämpferischer Wahlkampf gegen das Großkapital,

seinen Spitzenpolitiker Strauß und deren reaktionäres Programm ist nötig. Jede Stimme der SPD!

Die SPD-Linken und die Jungsozialisten müssen jetzt dafür eintreten, daß die SPD-Führung sich nicht länger in vornehmer und "staatsmännischer" Zurückhaltung übt und die jetzige Stimmung ausgenutzt wird: Wir fordern eine Fortführung der Reformpolitik. Unser Ziel muß sein, die FDP auch aus dem Bundestag zu drängen, damit die SPD die absolute Mehrheit erhält. Wir müssen jedoch über den Wahltag hinausdenken: eine absolute Mehrheit für die SPD und eine SPD-Alleinregierung werden nicht automatisch alle Probleme lösen.

Auf dem Boden der kapitalistischen Krisen ist kein Fortschritt mehr möglich. Eine zukünftige SPD-Regierung wird (vor allem vor dem Hintergrund der nächsten schweren Wirtschaftskrise) die sozialen Errungenschaften abbauen müssen, wenn sie weiterhin die "soziale Marktwirtschaft" verteidigen will. Unter den heutigen Krisenbedingungen sind soziale Reformen nur zu verwirklichen, wenn gleichzeitig ein Bruch mit dem kapitalistischen System vollzogen wird. Das heißt:

- * Entmachtung und Enteignung des Großkapitals.
- * Überführung der 200 größten Monopole, der Schlüsselindustrien, der Banken und Versicherungen in Gemeineigentum.
- * Ausarbeitung einer gesellschaftlichen Rahmenplanung zur Regelung der Produktion.
- * Arbeit für alle durch 35-Stunden-Woche ohne Lohnverlust und Aufteilung der vorhandenen Arbeit auf alle Arbeitsfähigen.
- * Einen garantieren Mindestlohn und eine garantierte Mindestrente.
- * Ausreichenden und angemessenen Wohnraum für alle.
- * Demokratische Arbeiterkontrolle und -verwaltung über die Fabriken, die Produktion, den Staat und die Gesellschaft.

Das sind einige Kernpunkte. Es liegt bei den SPD-Linken und den Jusos, ein konsequentes Programm konkreter Reformen auszuarbeiten, die nach einem sozialistischen Bruch mit dem bestehenden System ausgeführt werden müssen.

Für die Annahme eines solchen Programms müssen alle Sozialisten in der SPD kämpfen.

FÜR EINE SPD-ALLEINREGIERUNG AUF DER GRUNDLAGE EINES SOZIALISTISCHEN PROGRAMMS!

BÜRGERKRIEGSÜBUNG IN GORLEBEN

BRUTALER POLIZEIEINSATZ

EIN »ABGERÄUMTER« BERICHTET

Vier Tage vor der Räumung bin ich in die "Freie Republik Wendland" getrampt. So nannten die ersten Besetzer der Bohrstelle 1004 das Anti-AtomDorf.

Die Leute im Dorf lebten in "Bezugsgruppen", das heißt geordnet nach Stadt- oder Bundeslandzugehörigkeit, in Holzhütten zusammen. Die Leute, die am Wochenende kamen, waren in den größeren Hütten, Zelten und in ihren eigenen Zelten untergebracht.

An manchen Wochenenden waren nahezu 5.000 Leute dort. Die Versorgung funktionierte durch Spenden und Unterstützung seitens der örtlichen Bevölkerung. Ich für meinen Teil habe zusammen mit einer anderen Besetzerin unentgeltlich bei einem Bauern gearbeitet, der uns dadurch unterstützte, daß er das Anti-Atom-Dorf mit Milch und Brot belieferte.

Das Leben im Dorf war natürlich nicht von der gleichen Hektik wie in der Stadt geprägt. Dafür mußte man aber manchmal viel Geduld aufbringen: zum Essen- und Wasseransehen - oder auch bei den zahlreichen Diskussionen.

Daran nahmen immer viele Leute teil, wo auch jeder was sagen sollte. Für jeden Teilnehmer dieser Diskussionen wurde ein hohes Maß an Beherrschung und Achtung vor der Meinung des anderen verlangt, was auch in den meisten Fällen befolgt wurde.

In den letzten Tagen vor der Räumung kursierten dauernd Gerüchte über die bevorstehende Räumung. Wir veranstalteten Planspiele auf dem Marktplatz

und einigen umliegenden Häusern und Türmen, wie wir der Räumung entgegenwirken wollten. Für die Räumung und deren Planung war ein absolut gewaltfreies Vorgehen vorgesehen, was, wie die Räumung gezeigt hat, seitens der Demonstranten zu 100 % eingehalten wurde. In den Nächten vor der Räumung machten sich viele Leute Mut, indem sie sich zusammensetzten und vor allen Dingen viele Lieder sangen. So z.B. ein Lied, in dem die Polizei aufgefordert wurde, ihre Knüppel und Waffen hinzuschmeißen. Das Lied wurde immer wieder angestimmt, auch als die "Bullizisten" uns brutal abräumten.

Am Mittwoch, den 4. Juni war es schließlich soweit. Morgens um 7.00 Uhr formierten sich die ersten BGS (Bundesgrenzschutz)-Einheiten um das Dorf. Zur selben Zeit wurden Kinder, Hunde und ein Teil der Sachen (Rucksäcke u.s.w.) aus dem Dorf gebracht. Dann nahmen wir die Plätze ein, wie wir es im Planspiel geübt hatten.

Ich befand mich mit etwa 1.500 anderen auf dem Marktplatz des Dorfes. Der Ring des BGS wurde gegen Mittag immer enger. Hinter dem Rücken der "Bullizisten" und praktisch vor unseren Augen fing man während des Vormittags an, das Dorf zu zerstören. Es gab Leute, die darüber heulten, als sie sahen, wie man ihre mit viel Fleiß und Einfallsreichtum erbauten Hütten dem Erdboden gleichmachte.

Am Tag vorher waren von Polizeiseite Flugblätter verteilt worden, mit



der Aufschrift: "Demonstrieren, ja - Demolieren, Nein!" ...

Auf dem Marktplatz hatten wir uns kreisförmig mit Blick nach außen hingestellt, um unter anderem in der Mitte postierten Radio-Schwarzsender und die Lautsprechergruppe zu schützen. Alles wurde live übertragen. Weil sie auf einer Anhöhe standen, konnten sie die Aktionen am besten überblicken. Den Reportagen des "Radio Freies Wendland" lauschten den ganzen Tag über Tausende von Leuten in der näheren Umgebung.

Gegen Mittag ging's dann los. Man fing an, die Demonstranten keilförmig von einer Seite aus abzuräumen. Obwohl kein Demonstrant sich körperlich wehrte, außer sich auf den Boden zu setzen, teilweise sich am Nebenmann festklammernd, fing die BGS-Leute an, auf die Besetzer einzuknüppeln und einzuschlagen.

Leute wurden an den Haaren gezogen und noch geschlagen, nachdem sie schon längst abgeräumt und beiseite getragen worden waren. Man setzte auch Pferdestaffeln ein, um uns abzudrängen. Was in den bekanntesten Zeitungen nicht steht, ist, daß heute noch schwer verletzte Demonstranten im Krankenhaus liegen...

Als wir dann wie Hunde aus unserem Dorf rausgetrieben wurden, sah man erst richtig den Aufwand an BGS- und Polizeieinheiten. Es waren Tausende. Der Staat zeigte an Material alles, was

Fortsetzung
auf Seite 2

ARTIKEL ÜBER

Gorleben.....	5.2
Rolle der FDP.....	5.2
VORAN-Kampffonds.....	5.2
JUSO-Bundeskongress.....	5.3
Tito und Jugoslawien.....	5.4
"Modell" Schweden.....	5.5
Weltkriegsgefahr.....	5.6
Wohnraumbesetzungen.....	5.7
Managergehälter.....	5.7
"HILD" in Zwickau.....	5.7
SPD-Bundestagung.....	5.8
Landtagswahlen in NRW.....	5.8

VORAN

VORAN zur sozialistischen Demokratie!

Überregionale marxistische Zeitung für SPD, Jusos, Falken und Gewerkschaften.

Erscheint seit Dezember 1973.

Abopreis: 7,- DM für 6 Ausgaben

Redaktionsanschrift: VORAN, Hammesbergerstr. 75, 5630 Remscheid
Bankverbindung: Postscheckamt Essen, H.-G. Öfninger, Konto Nr. 170 20-433

Verantwortlicher Redakteur: Hans-Gerd Öfninger

Druck: Gegendruck, Essen

DER KOMMENTAR

WAS GORLEBEN BEWEIST

Der besetzte Bohrplatz 1004 in Gorleben ist geräumt. Der Widerstand gegen das Atomprogramm geht weiter.

Zehntausende von (hauptsächlich jungen) Menschen gingen in den Tagen nach der brutalen Räumung der "Freien Republik Wendland" auf die Straßen. In jeder Großstadt und vielen kleineren Städten protestierten sie gegen die Fortführung des Atomprogramms.

Der Staat probte bei der Räumung den Bürgerkrieg. Zwar hatten die Besetzer sich von vornherein auf passiven und gewaltlosen Widerstand festgelegt. Doch die Staatsgewalt war zu allem bereit: Giftkampfgase, Maschinengewehre, Panzerwagen, Wasserwerfer, Hubschrauber und viele andere hübsche Geräte, die zur Durchsetzung "demokratischer" Mehrheitsentscheidungen taugen, waren reichlich vorhanden, um von den 5.000 z.T. schwarz bemalten Bundesgrenzschützern, Polizisten und GSG-9-Sondereinheiten bedient zu werden.

Es klappte. 2.000 Demonstranten wurden "abgeräumt". Der Staatswille wurde durchgesetzt. Aber ob der niedersächsische CDU-Innenminister Möcklinghoff wirklich daran glaubt, was er lauthals verkündete: man habe "einigen verwirrten und irrenden jungen Menschen wieder zu einem gesetzlich fundierten Rechtsbewusstsein verholfen"?

Die Polizei und andere bewaffnete Institutionen zur (notfalls) gewaltsamen Durchsetzung der Interessen der Herrschenden walzten in wenigen Stunden das Anti-Atom-Dorf nieder, welches die Besetzer mit Unterstützung der Bauern aus der Umgebung in wochenlanger Arbeit mühevoll aufgebaut hatten. Dummerweise hatte die Polizei kurz zuvor ein Flugblatt verteilen lassen (ja, ja - die Polizei verteilt manchmal sogar selber Flugblätter, das sind nicht immer nur Kommunisten!), auf denen zu lesen stand: "Demonstrieren ja - Demolieren nein!" Am darauffolgenden Tag knüppelte sie die Demonstranten nieder und demolierte ihre Hütten...

Die Besetzer selbst brauchten in den fünf Wochen ihres friedlichen Zusammenlebens keine Dorfpolizei, keine interne Staatsgewalt und keinen Machtapparat, um "Ruhe und Ordnung" aufrechtzuerhalten. Natürlich gab es Konflikte, Reibereien und Streitigkeiten. Sie wurden aber anders geregelt: friedlich, durch Gespräche, durch Diskussionen.

Zeitweise bestand ein Freiraum, der viele Jugendliche anzog, die nicht nur Widerstand gegen Atomkraftwerke leisten wollten, sondern auch dem Druck der kapitalistischen Gesellschaft entfliehen und neue Lebensformen erproben wollten.

Es war möglich. Im Kleinen wurde für eine kurze Zeit vorerzärt, was viele Menschen sich weltweit erhoffen: eine klassenlose Gesellschaft ohne einen gewalttätigen Unterdrückungsapparat in Form von Polizei und Armee. Erst der Eingriff von "außen", erst die uniformierten Abräumkommandos störten die friedliche Idylle...

Das Experiment "Freie Republik Wendland" wird sich jedoch als Lebensform nicht beliebig wiederholen lassen. "Sozialistische" oder "alternative" Kleinsiedlungen sind in einem Meer kapitalistischer Krisenstürme dem Untergang geweiht. Als zeitweilige Form des Widerstands sind solche Experimente auch weiterhin geeignet.

Wie soll der Kampf gegen die Pläne der Atomindustrie nach "Gorleben" weitergehen?

Diskussionen um das Thema "Gewaltsamer Widerstand - ja oder nein?" sind völlig überflüssig. Der Staat sitzt am längeren Hebel.

Die einzige Kraft, die dem Atomprogramm ein Ende bereiten könnte, ist die Arbeiterklasse. Würde sie einen aktiven Massenwiderstand gegen die Atomenergie mittragen, dann wären auch die Polizisten, Bundesgrenzschützer und andere Träger der Staatsgewalt machtlos; sie könnten dann sogar auf die Seite der Atomgegner gewonnen werden, weil sie nicht isoliert und unbeeinflusst von einer Massenbewegung bleiben können. Heute sind AKW-Gegner für sie meist nur "ein paar Spinner".

Aber die Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder, erst recht die Mehrheit der unorganisierten Kollegen ist gegenwärtig nicht davon überzeugt, daß die Atomkraft zu gefährlich ist. Sie glauben auch nicht daran, daß sie überflüssig ist. Sie sehen keine realistische Alternative, wie die erforderliche Energie anders bereitgestellt werden könnte.

Weil die Arbeiterklasse die einzige gesellschaftliche Kraft ist, welche das Atomprogramm stoppen könnte, muß sie jedoch für dieses Ziel gewonnen werden. Das heißt: vor allem in den traditionellen Massenorganisationen der Arbeiterbewegung, in den Gewerkschaften und in der SPD müssen sich die Atomkraftgegner enger zusammenschließen. Die praktischen Widerstandsaktionen müssen weitergehen. Gleichzeitig müssen die AKW-Gegner in DGB und SPD politische Überzeugungsarbeit leisten.

Die Chancen dafür stehen nicht schlecht. Wir haben die besseren Argumente. Wir müssen sie nun "an den Mann" und "an die Frau" bringen - auch gegen den Widerstand des Atomfilzes!

Die ersten Bohrergebnisse in Gorleben beweisen bereits: falls es überhaupt Salzstöcke gibt, die zur Lagerung von radioaktiv verseuchtem Atomüll geeignet sind (was viele Wissenschaftler grundsätzlich bestreiten) - der in Gorleben ist jedenfalls der denkbar ungünstigste! Er steht in Kontakt mit dem Grundwasser.

Wir müssen jedem Kollegen klarmachen:

Atomkraftwerke sind überflüssig. 1978 war in der BRD eine Stromerzeugungskapazität von 74,5 Gigawatt (GW) Leistung installiert. Am Tag des Spitzenverbrauchs im Winter 78 wurden davon nur 67% beansprucht, im Jahresdurchschnitt sogar nur 47%! Atomkraftwerke haben gegenwärtig nur einen Anteil von ca. 11,5% an der Gesamtkapazität. Wegen Pannen standen sie jedoch die halbe Zeit still: 1978 konnte nur 47% ihrer Kapazität genutzt werden. Man könnte also ohne weiteres alle AKWs auf einen Schlag stilllegen, und hätte am Tag des Spitzenverbrauchs noch rund 20% der Kapazität ungenutzt brachliegen.

Die gegenwärtigen Kapazitäten reichen selbst ohne AKWs aus, um sogar über Jahre hinaus noch weitere Verbrauchssteigerungen zu decken. Andererseits ist eine Verbrauchssteigerung nicht zwingend notwendig: Bessere Energienutzung (z.B. durch Wärmeisolierung von Gebäuden usw.) könnte den Verbrauch sogar senken, ohne den Lebensstandard zu berühren.

Darüberhinaus liegen kurzfristig zusätzlich verfügbare 8.500 Megawatt (MW) an Industriekapazität brach, welche "nebenbei" und als "Abfallprodukt" aus industrieller Prozesswärme Strom erzeugen könnten (laut Feststellungsbericht des Bundeskartellamtes vom Dez. 77 im RWE-Verfahren). Innerhalb mehrerer Jahre könnten auf diese Weise sogar 21.000 MW mobilisiert werden (nach den Angaben der Vereinigung Industrielle Kraftwirtschaft). Das entspricht einer Kapazität von 20 funktionierenden, also mindestens 40 zu bauenden Atomkraftwerken (!).

Eine sozialistisch geplante Energieproduktion könnte in der BRD und weltweit alle Energieprobleme lösen. Der kapitalistische Markt kann es nicht. Darüberhinaus gefährden die Pläne der profitsüchtigen Atomindustrie die Gesundheit der gegenwärtigen und die Existenz der zukünftigen Menschheit.

FDP MUSS AUS DEM BUNDESTAG RAUS

Der größte Verlierer der nordrhein-westfälischen Landtagswahl ist fraglos die FDP, die von den Wählern eine deutliche Abfuhr erhalten hat und aus dem Landtag flog.

Diese sogenannte "liberale" Partei ist nichts anderes als die eifertige Interessensvertreterin des Großkapitals - nicht anders als CDU und CSU. Man denke nur an die Politik ihrer führenden Vertreter in der Regierung:

Da gibt es zum Beispiel den ehemaligen FDP-Wirtschaftsminister Friederichs, der Herrn Flick 1976 1,2 Mrd. DM Steuerschulden erließ, und der heute wieder dort sitzt, wo er hingehört: im Aufsichtsrat einer kapitalistischen Großbank.

Oder man denke nur an seinen Nachfolger, den adeligen Unternehmerfreund Otto Graf von Lambsdorff, der vor jeder Lohnrunde nichts anderes zu tun hat, als die Arbeitnehmer vor "zu hohen" Lohnforderungen zu warnen.

Oder der ach so volkstümelige Landwirtschaftsminister Ertl, der seinen Pakt mit den reaktionären Großbauern an der Spitze des Bauernverbandes, allen voran ihr Präsident und Großgrundbesitzer Freiherr von Heeremann, als bauernfreundliche Mittelstandspolitik ausgiebt.

Die FDP gibt vor, die Interessen des Mittelstandes zu vertreten und ködert damit auch viele Wähler in diesem Bereich: Kleinunternehmer, Freiberufler, Bauern und Beamte. (Hat sich etwa jemals irgendein FDP-Innenminister für die Interessen der Masse der Beamten eingesetzt?)

Der Unterschied zwischen der FDP und den Unionsparteien liegt nur darin, daß sie in den Regierungen immer völlig "überrepräsentiert" ist. Gemessen an ihrem verschwindend geringen Stimmenanteil sahnt sie kräftig ab, was Ämter und Pöstchen angeht: allein vier Ministerien im Bund, darunter das wichtige Außen-, Innen- und Wirtschaftsressort, sowie Heere von Staatssekretären und Ministerialbeamten.

Auch bei den Regierungskoalitionen spielt die FDP die ausschlaggebende Rolle. Wenn der FDP-Wähler Glück hat, erfährt er vor einer Wahl, mit wem die FDP zu koalieren gedenkt. Doch manchmal möchte sie sich auch "offenhalten" und hüllt sich in Schweigen. Bisweilen überlegt sie es sich auch mitten in ei-

ner Legislaturperiode anders, wie im Saarland. (Auch in den Ländern, wo sie mit der SPD zusammengeht, denkt sie gern laut über andere Koalitionsmöglichkeiten nach.) Das ganze verkauft sie dann als "liberale Politik". Diese wechselnden Koalitionen sind allerdings selten ohne größere Zerreißen in der Partei abgelaufen, wo sich die Flügel zunehmend bekämpfen.



Otto Graf von Lambsdorff: ebenso sein Vorgänger Friederichs ein treuer Vertreter des Großkapitals

Mit zunehmender Polarisierung der Gesellschaft und des politischen Lebens - wie es im Gefolge der kommenden wirtschaftlichen und politischen Krisen unvermeidlich ist - wird die FDP zwischen den Fronten zerrieben werden und in Zukunft in Bedeutungslosigkeit verfallen. Einen ersten Vorgeschmack dazu gaben die Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen, wo ein Teil der früheren FDP-Wähler direkt SPD wählte, um das Vordringen von Strauß zu verhindern.

Doch bis dahin kann die FDP für das Kapital noch nützliche Dienste verrichten. Sieht man sich alle bisherigen Wahlergebnisse im Bund und in den Ländern seit Bestehen der BRD an, kommt man zu einem verblüffenden Ergebnis:

Bis auf eine Landtagswahl (in Bayern 1958) ist bisher ein Regierungswechsel noch nie direkt durch das Wahlergebnis, sondern immer durch Koalitionswechsel zustande gekommen. Mit anderen Worten: nicht durch das Wort des Wählers, sondern durch das Lavieren der FDP sind bisher Regierungen abgelöst worden. (Man beachte, welch großartiges Gewicht die demokratische Stimmabgabe hat!)

Hier wird ebenfalls deutlich, wie sehr das Großkapital nicht nur über die CDU/CSU, sondern auch durch die FDP mitregiert. Die Funktion der FDP für das Kapital besteht zum einen darin, in Koalitionen mit der SPD die Kapital-Interessen zu vertreten und - in ihren Augen - allzu ehrgeizige soziale Vorhaben zu bremsen. Zum anderen soll die FDP durch Koalitionswechsel einen Regierungswechsel einleiten, wenn es dem Kapital an der Zeit erscheint. Letzteres wird zweifellos auch dann passieren, wenn die SPD-geführte Bundesregierung die ihr vom Kapital zugedachte Rolle, die Gewerkschaften im Zaum zu halten und den "sozialen Frieden" zu erhalten, nicht mehr erfüllen kann. Wenn die SPD-Führung dem Druck ihrer Basis und Anhängerschaft nachgeben muß und dem Kapital nicht mehr genehm ist, wird die FDP flugs entdecken, daß der "Vorrat an Gemeinsamkeiten" mit der SPD nun erschöpft ist. Die SPD hat dann ihre Schuldigkeit getan und kann gehen. Gerade vor diesem Hintergrund ist vielen SPD-Mitgliedern völlig unverstänlich, wie seitens ihrer Parteiführung alles getan wird, um die FDP am Leben zu halten: von der unverhüllten Aufforderung an ihre Wähler, der FDP "Leihstimmen" zu geben, bis zur Ankündigung von NRW-Ministerpräsident Rau, trotz der Niederlage der FDP bei den Wahlen freidemokratische Minister ins Kabinett zu holen (was allerdings an der Absage der FDP scheiterte).

Wer den Landtagswahlkampf der SPD in NRW selbst mitgemacht oder verfolgt hat, wird zugeben müssen, daß er nicht gerade sehr begeistert und mitreißend geführt wurde. Wieviel mehr wäre bei einer aktiven Mobilisierung im Bundestagswahlkampf möglich?

ANGELA BANKERT

Fortsetzung von Seite 1 GORLEBEN

dazu taugte, friedliche Demonstranten einzuschüchtern und den Bürgerkrieg zu erproben: Wasserwerfer, Hundestaffeln, Pferdestaffeln, Bagger, Raupen, Walzen, chemische Waffen, Hubschrauber, Panzerspähwagen und die eigentlichen Waffen der Bullen: Knüppel, Helme, Gasmasken. Und das sei hier auch erwähnt: jeder Beamte war im Besitz einer Schußwaffe. Die "chemische Keule" wurde in einem Fall sogar benutzt, als man eine Gruppe, die im Begriff war, sich zurückzuziehen, im Wald mit Kampfgas vollspritzte.

Die letzten Leute konnten erst gegen Abend geräumt werden, weil sie sich auf einer der Türme verschanzt hatten. Auch diese Aktion lief seitens

der Demonstranten friedlich ab. Es war sogar so, als zwei BG-Leute den Turm stürmten und brutalen Widerstand vermuteten. Man bot ihnen aber erst ein Glas Wein an. Die waren vielleicht verdutzt! Am Spätabend glich die "Republik Freies Wendland" wieder einer Sandwüste...

Zu den Polizeibeamten möchte ich am Rande noch bemerken, daß nicht alle ausnahmslos unter einen Hut zu stecken sind. Wie mir ein Polizist sagte, soll man als Beamter aus Gewissensgründen solche Einsätze sogar verweigern können. Viele Polizisten, die zur Abschirmung am Rande des Dorfes standen, mißbilligten das brutale Vorgehen ihrer Kollegen.

Was aber jedem klar sein sollte: daß viele von denjenigen Beamten, die für die Abräumung verantwortlich waren und die brutalen Leute auf den Pferden, die Bezeichnung Mensch nicht mehr verdient haben. Sie haben ihre Aktionen gegen absolut friedliche Menschen mit abscheulicher Brutalität vollzogen.

Ich kann für meinen Teil nur sagen, daß mich der passive Widerstand, was den Kampf gegen die Atomindustrie betrifft, voll überzeugt hat. Und nicht nur mich, sondern auch einen großen Teil der Bevölkerung, der davon betroffen ist.

HOLGER BRÖDENFELD
(IG Metall-Mitglied, Remscheid)

kampffonds

▶▶

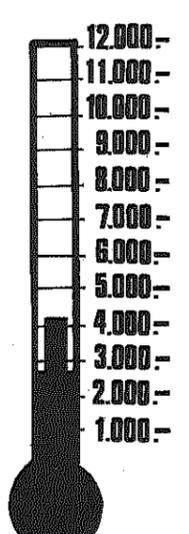
◀◀

SPENDENKONTO:
Angela Bankert,
Pscha, Essen
2422 50-432

Auch in den vergangenen Wochen konnten sich unsere Kampffonds-Einnahmen sehen lassen. Insgesamt gingen Spenden in Höhe von 1.703,48 DM ein, damit haben wir unser Ziel immerhin zu rund 85% erreicht.

Seit Beginn des Jahres sind auf unser Spendenkonto 4.283,58 DM eingegangen - bis Ende Mai hätten es aber schon 5.000 DM sein sollen. Wir hinken also etwas hinter unseren Zielvorstellungen her. Doch das läßt sich noch gut wieder aufholen. Wir wollen am Beispiel aktiver VORAN-Verkäufer aus Remscheid zeigen, was mit etwas Phantasie alles möglich ist, um Spenden für unsere Zeitung zu sammeln:

5 VORAN-Verkäufer meldeten sich als Wahlbeisitzer für die Landtagswahl in NRW und spendeten das Entgelt dafür: 250 DM. Der Verkauf von VORAN-Broschüren erbrachte einen Überschuß von 29,51 DM. Wetten zugunsten des Kampffonds brachten 25,60 DM. Aus Einzelspenden von Kollegen und Genossen erhielten wir 53 DM. Der Gewinn aus günstigem Währungsumtausch zwischen Genossen ergab 6,50 DM; ein Essen zugunsten des Kampffonds spielte 5 DM ein. Die Sammlung von Kleingeld steuerte 5,87 DM zum Ergebnis bei. Das Entgelt für den (privaten) Einbau eines Türschlosses ergab 10,02 DM.



Diese Aktivitäten ergaben ein Ergebnis von insgesamt 385,50 DM; die im Mai aus Remscheid auf unser Konto eingingen. Diese Aktivitäten sind sicher auch in anderen Städten durchführbar.

Meldet Euch zum Beispiel frühzeitig als Wahlbeisitzer in den Wahllokalen für die Bundestagswahl am 5. Oktober (bei den Wahlämtern der Gemeinden) und spendet uns das Entgelt für diese Tätigkeit.

Schickt uns Eure Rest-Münzen aus dem Urlaub in ausländischer Währung.

Veranstaltet vielleicht mal einen Grill-Abend zugunsten des Kampffonds. Vor allem aber: fragt immer wieder andere Bekannte und Leser nach einer Spende - und spendet auch selbst!

Wie wir bereits an dieser Stelle berichtet haben, fehlt uns noch Geld um unseren Schreibautomaten abzubezahlen, der uns das neue Schriftbild ermöglicht. Als nächsten Schritt peilen wir bereits die Anschaffung eines Überschriftensetzergerätes an. Bis jetzt müssen die Überschriften nämlich mit Hilfe von Letra-Set hergestellt werden (Abreiben der Buchstaben). Dies ist sehr mühsam, zeitraubend und teuer und sieht zudem nicht mal sehr gut aus.

Also: dauerhafte, handfeste Verbesserungen unserer Zeitung sind in greifbarer Nähe und umso eher durchzuführen, je früher Eure zahlreichen Spenden eintreffen!

JUSO - BUNDESKONGRESS 1980

WENIG NEUES FÜR DIE JUSO - BASIS

Die seit Jahren in Kongreßdebatten immer wieder geforderte "Umorientierung" der Jungsozialisten ("Weg von der alleinigen Orientierung auf die akademische Jugend - hin zur Arbeiterjugend!") läßt in der Praxis weiter auf sich warten. Dies ist jedenfalls der Gesamteindruck, den ein Basismitglied vom Verlauf des diesjährigen Bundeskongresses der Jungsozialisten in Hannover gewinnen mußte: Die Debatten waren häufig zu abstrakt und abgehoben von den brennenden Problemen der Arbeiterjugend. Trotzdem ist der Tiefpunkt der rückläufigen Juso-Entwicklung der letzten Jahre (sinkende Zahl aktiver Mitglieder, Zusammenbrechen vieler Arbeitsgemeinschaften) überwunden: wie von verschiedenen Rednern berichtet, ist vor allem in ländlichen Gebieten, in Klein- und Mittelstädten seit vergangener Jahr ein gewisser Zustrom vor allem von Lehrlingen, jungen Arbeitern und Angestellten im Gange; Juso-AGs werden wieder neugegründet. Diese Entwicklung hat sich allerdings auf dem Kongreß nicht widerspiegelt. Sie findet nicht statt wegen sondern trotz der gegenwärtigen Praxis.

der Bilanz seiner Vorstandsarbeit und der Perspektive für die weitere Juso-Praxis. Die restlichen 16 Seiten waren angefüllt mit einem weltpolitischen Rundumschlag: er reichte von der Verdammung der US-Machenschaften in Südkorea, über die Forderung, daß die Russen aus Afghanistan verschwinden sollen, bis hin zum Nachdenken über "die (ökologisch gebotene) Begrenzung wirtschaftlichen Wachstums".

Juso-Bundesvorsitz - weiterhin Karriere-Sprungbrett?

Warum hat Schröder keine Bilanz der Juso-Arbeit des letzten Jahres gezogen? Interessiert es ihn gar nicht mehr? Er hat kürzlich in Hannover-Land einen sicheren Wahlkreis als SPD-Bundestagskandidat bekommen und ist durch die Landesliste abgesichert. Hat für ihn der Juso-Verband als Sprungbrett für seine Karriere ausgedient? Wird er jetzt den gleichen Weg in die halblinke Anpassung gehen, wie seine Vorgänger Karsten Voigt, Wolfgang Roth und Heidi Wiczorek-Zeul, mit einem bequemen Bundestags- oder Europaparlaments-Sessel unterm Hintern? "Seine Rede war ausgezeichnet, Genosse Schröder. Du hast sie leider nur vor einem falschen Publikum gehalten. Ich würde mir wünschen, daß Du so was als Jungfern-Rede im Bundestag hältst...". so faßte ein Delegierter sei-

ne Meinung zusammen.

Neues Mehrheitsbündnis

Die Hauptthemen des Kongresses waren: Organisation der Schülerarbeit; Praktische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit der Jusos; Bundestagswahlkampf und Abrüstung.

Zu jedem dieser Themen lagen von verschiedenen Fraktionen Anträge vor. Um es kurz zu machen: Die neue Bundesvorstandsmehrheit (eine Koalition aus "Reformsozialisten" und versprengten Resten der früheren "Antirevisionisten") setzte sich gegen die "Stamokaps" mit meistens 180:110 Stimmen durch.

Vorstandswahlen

Nachdem der Stamokap-Flügel mit seinen inhaltlichen Anträgen jeweils eindeutig unterlegen war (wobei man den Eindruck gewinnen konnte, daß er

nicht einmal mehr selbst so richtig von sich und seiner früheren Politik überzeugt war, da er nur halbherzig, defensiv und schüchtern auftrat), kam bei der Wahl zum Bundesvorsitzenden eine kleine Überraschung: der "Reformsozialist" Willi Pieczyk konnte sich erst im 2. Wahlgang mit 150:132 Stimmen gegen den Stamokap-Kandidaten Klaus-Peter Wolf durchsetzen. Proteststimmen?

Der "Fraktionsproporz", auf den so viel Wert gelegt wird, blieb im Bundesvorstand erhalten: 3 Reformsozialisten (die in der Praxis auch weiterhin den Ton angeben werden), 2 Antirevisionisten und 2 Stamokaps.

Altes Bündnis zerbrochen

Das vor 3 Jahren gegründete "Hamburger Bündnis" zwischen Stamokaps und Anti-Revisionisten, das zuerst Benneter, später Schröder zum Bundesvorsitzenden machte, ist somit endgültig auseinandergebrochen. Schröder,

der frühere "Antirevisionist", scheint sich endgültig mit den Reformisten arrangiert zu haben.

In der Zwischenzeit ist also eingetroffen, was VORAN bereits im März 1978 schrieb: "(Das Hamburger Bündnis) stützt sich aber wohl mehr auf die Unzufriedenheit der Basis mit der bisherigen Politik der Reformisten, es ist also mehr ein Anti-Bündnis, als daß es ein einheitliches, geschlossenes Programm anzubieten hätte. Hierin liegt auch die Brüchigkeit dieses Bündnisses: die Reformisten sind nach wie vor die stärkste Einzelgruppierung der Jusos und wenn es der "Juso-Linken" nicht gelingt, ihr Bündnis mit inhaltlichen und praktischen Alternativen auszufüllen, wird sich die Unzufriedenheit auch schnell gegen sie selbst richten und der Verband nicht aus seiner Krise geführt werden können..."

Auf viel Beifall stieß der Beschluß des Kongresses, am Samstag Abend geschlossen zu dem Bohrplatzbesetzern nach Gorleben zu fahren, um ihnen die Solidarität der Jusos zu beweisen.

Was zu tun bleibt...

In den nächsten 12 Monaten wird es darauf ankommen, den neuen Zulauf der Jusos aus den Reihen der Arbeiterjugend nicht zu verspielen. Der gesamte Verband muß auf die Probleme der Arbeiterjugend ausgerichtet werden. Auf Sitzungen und Versammlungen muß eine Atmosphäre herrschen, die neue Genossen nicht abstößt. Ein sozialistisches Programm für junge Arbeitnehmer muß ausgearbeitet werden, um die Jusos in den nächsten Jahren in einen gefestigten proletarischen Jugendverband umzuwandeln.

INGOLF BECKER

Rechenschaftsbericht Schröders

Der ausscheidende Bundesvorsitzende Gerhard Schröder widmete in seinem "politischen Rechenschaftsbericht des Bundesvorstandes" ganze 35 Zeilen



Willi Pieczyk wurde zum neuen Juso-Bundesvorsitzenden gewählt. Sein Vorgänger Gerhard Schröder (rechts) geht nach Bonn.

JUSO - BETRIEBSARBEIT - ABER WIE ?

Umorientierung auf die Arbeiterjugend? Kein Juso-Mitglied wird die Bedeutung dieser Aufgabe unseres immer noch akademisch geprägten Verbandes abstreiten. Aber wie ist dies in der Praxis zu bewerkstelligen? Darauf hat der Verband bisher noch keine Antwort gefunden. Deshalb war die Debatte um den verabschiedeten Leitartikel des Bundesvorstandes "10 Punkte zur Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit der Jusos" unserer Meinung nach die wichtigste des Bundeskongresses. Leider ging sie unter den anderen Themen etwas unter. Der folgende Artikel setzt sich kritisch mit den politischen und theoretischen Grundlagen von einigen wichtigen Punkten des Antrages auseinander.

Wie wenig verankert die Jusos in Betrieben und Gewerkschaften sind, zeigte sich deutlich in der Debatte über dieses Thema (wie auch im verabschiedeten Antragstext selbst).

Einige theoretische und abstrakte Allgemeinplätze über die Rolle der Gewerkschaften sind einfach nicht ausreichend, um im gesamten Verband eine Umorientierung hin zur Arbeiterjugend zu bewirken. Noch weniger stellen sie eine Anleitung zum praktischen Handeln dar.

Wo stehen die Jusos?

Niemand bestreitet, daß die Einheitsgewerkschaft "eine der wichtigsten Errungenschaften der Arbeiterbewegung nach dem zweiten Weltkrieg" ist (Seite 1 des Antrags).

Der Antrag stellt auch richtig fest: "Das Vorhandensein von verschiedenen politischen und ideologischen Strömungen innerhalb der Einheitsgewerkschaft bedingt notwendigerweise, daß gewerkschaftliche Beschlüsse Kompromißcharakter haben." (Seite 3).

Aber auf welcher Seite stehen die Jusos, wenn es innergewerkschaftliche Auseinandersetzungen gibt? Wessen Partei ergreifen sie, wenn unbecommene Kritiker von einem Vorstand mit Gewerkschaftsausschluß bedroht werden (siehe zum Beispiel den Fall des SPD- und ehemaligen IGM-Mitglieds Herbert Knapp, über den VORAN berichtete)? Was sagen Jusos, wenn eine Angestellte einer DGB-Gewerkschaft von ihrem Vorstand die Kündigung kriegte, weil sie an ihrem Arbeitsplatz einen Anti-Strauß-Aufkleber befestigte (wie in Frankfurt bei der IG Bau-Steine-Erden geschehen)?

Es genügt nicht, fortschrittlichen Kräften in den DGB-Gewerkschaften zu versichern, die Jusos stünden solidarisch hinter ihnen. Es reicht nicht aus, in Einzelfällen (wie bei der Auflö-

sung der Redaktion des DGB-Jugendmagazins "ran" durch den DGB-Vorstand oder bei der "Strafversetzung" des DGB-Bundesjugendsekretärs Hawreljuk) ein Protest-Telegramm vom Bundessekretariat aus loszuschicken.

Schritte in die richtige Richtung - aber zu wenige!

Natürlich sind das Schritte in die richtige Richtung. Immerhin wäre solches vor 2-3 Jahren in Juso-Kreisen noch undenkbar gewesen. Damals wurde noch als "Sektierer" beschimpft, wer es wagte, auf Juso-Konferenzen offene Kritik an der Politik der Gewerkschaftsspitzen zu üben...

Aber in solchen Fällen wie oben erwähnt, ist eine breite Mobilisierung notwendig. Praktische Solidaritätsaktionen sind erforderlich. Im Fall Herbert Knapp ist eine praktische Solidarität der Jusos weitgehend ausgeblieben (ausgenommen einige einzelne Gliederungen). Woran liegt dies? War dieser Fall ein zu heißes Eisen? Wollte man das gute Verhältnis zum IG-Metall- oder DGB-Apparat nicht verderben? Oder war der Bundesvorstand über diese Vorgänge etwa nicht informiert? Dies wäre zwar ein Armutszugnis für uns alle (weil es die allgemeine Ahnungslosigkeit der Jusos über innergewerkschaftliche Entwicklungen zeigt). Aber immerhin wäre es nur eine solche Schwäche, die in Zukunft durch geeignete Maßnahmen zu überwinden wäre...

Bleibt festzuhalten: hätte Herbert Knapp eine breitere praktische Solidarität - gerade auch von Seiten der Jusos - erfahren, dann wäre uns allen sein Schritt in die Resignation eventuell erspart geblieben. Umso mehr ist es notwendig, daß die Jungsozialisten und alle ihre Gliederungen auf allen Ebenen Kontakte aufnehmen und organische Verbindungen herstellen zu fortschrittlichen, linken und kritischen Betriebsräten und aktiven Gewerkschaftern.

Innergewerkschaftliche Auseinandersetzungen

In einer Einheitsgewerkschaft sind innergewerkschaftliche Konflikte und Auseinandersetzungen unvermeidlich. Gerade in jüngster Vergangenheit häuften sie sich. Und in der nahen Zukunft werden sie eher noch zunehmen. Denn die wirtschaftliche Basis für sozialpartnerschaftliche Ideen, für dauerhafte Sozialreformen und ständig steigenden Lebensstandard war in den zweieinhalb Jahrzehnten des Nachkriegsaufschwungs durchaus vorhanden. Jetzt sind die Blütejahre vorbei. Eine Epoche der Krisen und wiederbelebten Klassen-

kämpfe hat begonnen.

Doch die Verfechter der Sozialpartnerschaftsideologie bestimmen nach wie vor die Politik jeder einzelnen Gewerkschaft. Das ist ein Widerspruch. Dieser Widerspruch wird zu innergewerkschaftlichen Gärungsprozessen, zu Polarisierung und harten Auseinandersetzungen führen. Ansätze und Vorboten dieses Prozesses sind schon sichtbar, z.B. bei den Stahlarbeitern. Im nächsten Jahrzehnt wird diese Auseinandersetzung ausgetragen werden müssen. Ihr Ausgang wird entscheidend sein für die Zukunft der Arbeiterbewegung. Sind sich die Autoren des Antrags dessen überhaupt bewußt? Welche Rolle sollen ihrer Meinung nach die Jusos dabei spielen?

Sozialpartnerschaft oder Klassenkampf?

Abstrakte Lippenbekenntnisse wie: "Jungsozialisten bleiben bei ihrer Arbeit als Gewerkschafter in den DGB-Gewerkschaften als demokratische Sozialisten erkennbar" (S. 2), oder: "Die Jungsozialisten gehen vom Bestehen der Klassengesellschaft aus... Dies macht die Vertretung einer sozialpartnerschaftlichen Gewerkschaftsarbeit unmöglich" (S. 3) sind zwar richtig, bieten aber für sich genommen keine Anleitung zum Handeln.

Was außerdem auffällt: die (falsche) Trennung zwischen kurz-, mittel- und langfristigen Forderungen, wie sie im "Hofheimer Aktionsprogramm" der Jusos von 1978 in extremer Form zum Ausdruck kommt. Dies wird deutlich in Passagen des Papiers wie den folgenden:

"Die Jungsozialisten betonen die Notwendigkeit der Einheitsgewerkschaft, weil nur so die Arbeitnehmer die sich verschärfenden Konflikte (Tarifauseinandersetzungen zur Sicherung des Lebensstandards und Schutz vor Arbeitsplatzverlusten durch Rationalisierung, Kampf gegen die Aussperrung, gegen die Zentralisierung unternehmerischer Macht z.B. durch den Tabu-Katalog) mit den Unternehmern bestehen können... Erst recht sind weitere Fortschritte im Interesse der Arbeitnehmer... abhängig von der Geschlossenheit und Stärke der Einheitsgewerkschaft." (S. 1 und 2).

Ist das alles? Reichen starke und geschlossene Einheitsgewerkschaften (deren Beschlüsse zwar "Kompromißcharakter" haben mögen) wirklich alleine schon aus, um z. B. den Lebensstandard zu verteidigen? Oder die Aussperrungen zu verhindern? Gar nicht zu reden von "weiteren Fortschritten"?

Gewerkschaftliche Geschlossenheit: auf welcher politischen Grundlage?

Der Antrag hat etwas wichtiges vergessen: die politische Grundlage, auf der gewerkschaftliche Geschlossenheit beruht! Man schaue sich die bundesdeutsche Realität an: Noch nie seit 1945 waren die DGB-Gewerkschaften was die Stärke der Mitgliedschaft anbelangt, so stark wie heute. Der Zulauf hält sogar (trotz Krise und Massenarbeitslosigkeit) an! Trotzdem - und das dürfte auch der Aufmerksamkeit des Bundesvorstandes nicht entgangen sein! - war die Mehrheit der Arbeiterklasse nicht in der Lage, ihren Lebensstandard zu halten! Dennoch wird weiter ausgespart! Dessen ungeachtet ist im gegenwärtigen Wirtschaftssystem und Gesellschaftssystem unter der Last der Krise an "weitere Fortschritte" gar nicht zu denken! - Oder meint jemand, daß die deutschen Gewerkschaften halt noch nicht stark und geschlossen genug sind?

Dann blicke man nach Schweden: dort gibt es heute Einheitsgewerkschaften (mit Organisationsgraden bis zu 90%), wie sie stärker und geschlossener kaum sein könnten. Trotzdem mußten die schwedischen Arbeiter in den letzten Jahren starke Reallohnverluste hinnehmen, trotzdem wurde kürzlich die größte Massenaussperrung der Geschichte gegen sie eingesetzt! (siehe Artikel auf Seite 5)

Was fehlt also in den heutigen Einheitsgewerkschaften? Der Fehler kann nur in ihrem Programm und ihrer praktischen Politik liegen...

Keine Trennung zwischen Minimal- und Maximalprogramm!

Nur ein konsequentes und klassenkämpferisches Programm, das von den Gewerkschafts-Linken ausgearbeitet werden muß, kann eine Lösung bringen. Ein solches Programm darf keine starre Trennung zwischen Minimal- und Maximalforderungen, zwischen dem Alltagsproblem Lebensstandard und dem sozialistischen Ziel machen. Es muß den Charakter eines Übergangsprogramms haben.

Es muß mit unerbittlicher Logik zu der einen Schlußfolgerung hinführen: wenn wir die bisher von der Arbeiterbewegung erkämpften sozialen Errungenschaften trotz kapitalistischer Krise aufrechterhalten wollen, wenn wir gar weitere Fortschritte erzielen wollen - dann muß dieses System durch eine sozialistische Demokratie ersetzt werden. Wenn der Kapitalismus keine Sozialreformen mehr aufrechterhalten

kann, dann müssen wir den Rahmen dieser Gesellschaft sprengen...

Statt einer solchen klaren und eindeutigen Politik gibt sich der Juso-Bundesvorstand mit Halbheiten und Zweideutigkeiten zufrieden.

DGB-Basis für sozialistisches Programm gewinnen!

Wir Jusos müssen doch die Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder davon zu überzeugen suchen, daß ein sozialistisches Programm zur Überwindung des Kapitalismus richtig und notwendig ist (alleine schon, um das heute Erreichte zu bewahren), und daß ein solches Programm nicht mittels Sozialpartnerschaft mit dem Kapital, sondern nur durch Klassenkampf gegen das Kapital zu verwirklichen ist.

Diese Mehrheit zu gewinnen, wird natürlich noch lange Jahre harter, zäher und geduldiger Kleinarbeit erfordern. Aber wenn sie nicht angepackt wird, wird sie auch nie zu Ende geführt.

Innergewerkschaftliche Demokratie

Ein weiterer Problempunkt: die innergewerkschaftliche Demokratie. Der Antrag sagt dazu:

"Die Einheitsgewerkschaft setzt ein Höchstmaß an innergewerkschaftlicher Demokratie voraus, um in der Willensbildung der Gewerkschaften auch über unterschiedliche politische Positionen zu gewerkschaftlichen Positionen zu gelangen."

Jeder rechte J. erklafter würde diesen Satz unterschreiben, denn er kann ihn auslegen wie er will.

Haben wir heute schon ein "Höchstmaß an innergewerkschaftlicher Demokratie" oder nicht? Wie sollte ein solches "Höchstmaß" aussehen? Konkrete Aussagen fehlen.

Man könnte z.B. auf fortschrittliche und kritische Kollegen wie die Duisburger Mannesmann-IGM-Vertrauensleute zurückgreifen, wenn man einen Fingerzeig erhalten will, wo und wie die Gewerkschaften noch zu demokratisieren sind (siehe letzte VORAN Nr.45).

Darüberhinaus sollten Jungsozialisten sich nicht scheuen, die von Marx so gerühmten "Erfindungen der Pariser Kommune" von 1871 auf die heutige Gesellschaft anzuwenden:

- Jederzeitige Wahl und Abwählbarkeit aller Funktionäre durch die Basis
- Nicht mehr als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn als Vergütung für alle hauptamtlichen Funktionäre.

KURT PFEIFLE

'MODELL' JUGOSLAWIEN NACH TITOS TOD REGIEREN DIE ARBEITER? Tito als »blockfreier« Stalinist

Viele Sozialisten in der BRD betrachten Jugoslawien als Modell eines sozialistischen Landes. In diesem Artikel wollen wir nach dem Tod des Staatschefs Tito (1892-1980) Bilanz ziehen.

Der "Anti-Stalinist" Josip Broz (in der Illegalität "Tito" genannt) genoss zweifellos bis zu seinem Tod auf Grund seiner führenden Rolle im Partisanenkrieg gegen die Besatzungsmächte im 2. Weltkrieg Ruhm und Beliebtheit bei seinem Volk.

Seit dem Konflikt zwischen Tito und Stalin von 1948 besteht die Legende, daß Jugoslawien, anders als die UdSSR oder die anderen stalinistischen Länder, ein Beispiel für eine verwirklichte Arbeiterdemokratie ist. Aber Jugoslawien ist im Grunde genommen genauso ein deformierter Arbeiterstaat wie die anderen stalinistischen Länder.

Trotz des Versprechens der Widerstandarmee, das Privateigentum nicht anzutasten, kam von diesen Kämpfern ein ungeheurer Druck, eine soziale und politische Revolution durchzuführen. Andererseits versuchte die Moskauer Bürokratie stets, Tito zurückzuhalten. Sie drängte darauf, mit Mikhailovic zusammenzuarbeiten. Radio Moskau schrieb zur Empörung Titos den Cetniki (rechte Anhänger von Mikhailovic) die Erfolge der Partisanen zu.

Ungeachtet diktatorischer Methoden genossen Tito und die jugoslawische KP-Führung eine große Beliebtheit wegen des Befreiungskampfes. Ihre Unterstützung wurde in der Arbeiterklasse und bei den armen Bauern noch weiter ausgebaut, als den oben erwähnten Verstaatlichungen noch eine Bodenreform folgte, die die Enteignung aller Ländereien über 30 Hektar und die Aufhebung aller Schulden der Bauern beinhaltete.

Neuer Staatsapparat

Seit 1945 bildete die Partisanenarmee den neuen Staatsapparat. Sie stand direkt unter der Führung der Kommunistischen Partei Jugoslawiens. Im Gegensatz zu allen anderen europäischen KP-Führern war Tito nicht im Troß der Roten Armee in die Hauptstadt ein-

Selbstverwaltung

Die "Selbstverwaltung" gilt als das Kernstück des "jugoslawischen Modells". Es kann nicht geleugnet werden, daß hier die Arbeiter ein erheblich größeres Mitspracherecht in der Praxis haben als in allen anderen deformierten Arbeiterstaaten. Manche westliche Linke ver-

gegen Tito vorbereitet hatte. Der Öffentlichkeit wurde bekannt, daß während der sogenannten "Demokratisierung" die politische Polizei "jeden Aspekt des gesellschaftlichen Lebens, von der Einstellung der Aufsichtsratsmitglieder bis zur Zusammensetzung selbst der Regierung" kontrollierte. Keiner hatte es bis dahin gewagt, Rankovic und seine Geheimpolizei zu kritisieren, bevor sie offiziell verurteilt worden waren. "Vorher waren wir einstimmig für Rankovic. Jetzt sind wir einstimmig gegen ihn", schrieb Professor Mihajlow, der später selbst verhaftet werden sollte.

Blockfreiheit

Jugoslawien gehört äußerlich keinem der europäischen Blöcke oder Bündnisse (NATO, Warschauer Pakt, EWG, Comecon) an. Nach dem Bruch mit Stalin erhielt das Land amerikanische Militärhilfe: Flugzeuge, Panzer und Geschütze. Ihr Gesamtwert betrug von 1950 bis 1968 2,86 Mrd. Dollar. Jugoslawien erhielt nach 1966 Waffenlieferungen aus der UdSSR; aber es ist ironisch, daß ein Land, das gerade in den 60er Jahren von der westlichen Linken als "sozialistische Demokratie" oder "blockfrei" gepriesen wurde, vom größten imperialistischen Land entscheidende Militärhilfe annahm. Die sogenannte Blockfreiheit hat mit Unabhängigkeit wenig zu tun. Sie ist vielmehr ein Balancieren zwischen den beiden Großmächten.

Ein Angriff seitens der UdSSR scheint immer noch unwahrscheinlich, da das Regime auf die feste Unterstützung der Arbeiter und Bauern rechnen kann.

Westhandel

Aber die Wahrscheinlichkeit, daß keine der beiden Großmächte Jugoslawien direkt unterwerfen will oder kann, bedeutet noch lange nicht, daß Jugoslawien unabhängig ist. Wenn Jugoslawien kein Handelsabkommen mit der EWG hätte, dann wäre es stärker von der UdSSR abhängig, die gerade zum größten Handelspartner geworden ist. Für Jugoslawien wirkte sich der Westhandel zunehmend unvorteilhafter aus. Das Handelsbilanzdefizit mit der EWG wurde immer größer (1979 ca. 6 Mrd. DM). Aus Angst, daß die UdSSR versucht, nach dem Tode Titos verstärkt Einfluß auf Jugoslawien zu nehmen, hat im Februar die EWG dem zollfreien Import einer vergrößerten Auswahl von jugoslawischen Waren des Industrie- und Agrarsektors zugestimmt.

Wirtschaftsprobleme

Insgesamt weist Jugoslawien kein gesundes wirtschaftliches Bild auf. Seine wirtschaftliche Situation ist eine Widerspiegelung der Abhängigkeit vom Westhandel: freie Austauschbarkeit der Landeswährung ist sicherlich eine der Ursachen für die Inflationsrate von gegenwärtig 26%. Eine andere Ursache der Inflation liegt darin, daß die Unternehmen frei ihre Preise bestimmen dürfen. Deswegen scheiterte auch der Preisstopp, der letztes Jahr verhängt wurde. Aber auch die dezentralisierte Wirtschaft, mit ihrer Konkurrenz zwischen den sechs Republiken und zwei selbständigen Provinzen und den Rivalitäten zwischen den starken lokalen und regionalen Bürokratien, trägt wesentlich zur Inflation und Arbeitslosigkeit bei. Die Arbeitslosigkeit liegt bei 800.000 (15% der Beschäftigten) und würde viel höher liegen, wenn nicht fast 1 Mio. Arbeiter im Westen wären. Das Außenhandelsbilanzdefizit betrug 1979 5,9 Mrd. Dollar (11 Mrd. DM), nach 4 Mrd. Dollar 1978 - eine Verschlechterung, die nicht nur auf höhere Ölpreise zurückzuführen ist, sondern auf wachsende Schwierigkeiten, sich im Welthandel zu behaupten. Die jüngste Abwertung stellt einen Versuch dar, sich eine bessere Weltmarktposition zu verschaffen.

Politische Konflikte

Politische Konflikte kamen hauptsächlich von einer anderen Richtung. Wegen der relativen Dezentralisierung der Wirtschaft konnte die Unterentwicklung der südlichen Regionen nicht aufgehoben werden. Vielmehr wird das Nord-Süd-Gefälle immer krasser.

Kroatien und Slowenien im Norden sind die reichsten Regionen, mit moderner Industrie und Mazedonien und Montenegro rückständige Agrarregionen. Am ärmsten ist die autonome Provinz Kosovo, an der Grenze zu Albanien, die ein Pro-Kopf-Einkommen von nur 29% des jugoslawischen Bundesdurchschnittes hat. Dieses regionale Ungleichgewicht führt zu ständigen Rivalitäten zwischen den verschiedenen Bürokratien, die jetzt verstärkt nach Titos Tod ausbrechen werden.

Aber mit der kommenden Wirtschaftskrise im Westen wird Jugoslawien in Mitleidenschaft gezogen: es wird nicht das Land sein, das einen Handelskrieg erfolgreich übersteht. Das Handelsbilanzdefizit von 5,9 Mrd. Dollar konnte 1979 noch zwar auf die Hälfte in der Zahlungsbilanz reduziert werden, dank des Fremdenverkehrs und der Gastarbeiterüberweisungen. Aber wenn der westeuropäische Kapitalismus die jugoslawischen Arbeitskräfte nicht mehr braucht, wird es schwer sein, die Heimkehrenden in die Wirtschaft zu integrieren.

Streiks

Zwischen 1958 und 1966 gab es 1365 Arbeitsniederlegungen um Lohnerhöhungen und zunehmend Forderungen nach dem Streikrecht. Dies dürfte auch zeigen, daß die Arbeiter in der Selbstverwaltung nicht gerade eine Vertretung ihrer Interessen sehen. 1971 versuchten kroatische Parteiführer vorsichtig, mehr wirtschaftliche Vorteile, entsprechend der höheren wirtschaftlichen Leistung Kroatiens, vom Bund zu verlangen. Die wirtschaftlichen Forderungen an Belgrad lösten Studenten- und Fabrikstreiks aus. Es drohte eine Explosion. Tito mobilisierte die Vertreter der anderen Republiken und säuberte in einer Großaktion die kroatische Partei, die Universität, die Presse und die Verwaltung. Hunderte von Studenten und Intellektuellen wurden verhaftet. Es war Tito klar geworden, daß die Situation außer Kontrolle geraten und nach seinem Ableben zum Auseinanderbrechen des Staates führen könnte.



TITO konnte "unabhängiger" herrschen als Honecker und Ulbricht.

Weil sich Tito der anderen Nationalitäten, insbesondere der Serben, bedienen mußte, war er im darauffolgenden Jahr gezwungen, Maßnahmen gegen die serbische Bürokratie zu ergreifen, da sie Gefahren für ihre eigene Selbständigkeit in Titos neuem stark zentralistischen Vorgehen gegen Kroatien sah. Jetzt stärkte Tito die zentrale Planung und kündigte Maßnahmen gegen die Neureichen, die "180 Millionen" an, deren auffälliger Reichtum in den letzten Jahren zu Protesten geführt hatte.

Aufgrund solcher Krisen wird die Bürokratie in Jugoslawien wahrscheinlich noch heftiger zwischen Liberalisierung und Unterdrückung, Dezentralisierung der Wirtschaft und erneuter Zentralisierung schwanken. Die regionalen Gegensätze und Feindseligkeiten, verbunden mit zunehmenden wirtschaftlichen Krisen werden keine neue Periode von 30 Jahren Wachstum und relativer Stabilität zulassen. Die politische Revolution gegen die Bürokratie steht genauso auf der Tagesordnung wie in den anderen Ländern Osteuropas.

KARL BURKHARDT

Partisanenarmee

Auf ihrem Höhepunkt umfaßte die Partisanenarmee 800.000 Jugoslawen aus allen Nationalitäten (z.B. Serben, Kroaten, Mazedonier) und band militärisch 40 Nazi-Divisionen. Die kleine jugoslawische Bourgeoisie kollaborierte offen mit den Nazis, und als es sich herausstellte, daß Mikhailovic, der monarchistische Führer der einzigen anderen Widerstandsgruppe, heimlich mit den Nazis verhandelte, fiel der Kommunistischen Partei die führende Rolle im Befreiungskampf zu. Bedeutete dies, daß die KP Jugoslawiens nach der Befreiung nun logischerweise die sozialistische Revolution vollenden wollte? Der Widerstandsplan von Tito stritt kommunistische Absichten ab und forderte ein "breites Bündnis" für die nationale Befreiungsarmee. Die Kommunisten betrachteten sich in erster Linie als Jugoslawen und nur zweitrangig als Kommunisten.

Stalinist Tito

Dies war ganz im Sinne der bisherigen stalinistischen Politik Titos. Er wurde 1937 Führer der KP, nachdem sie, wie alle anderen europäischen KPs, zum bloßen Werkzeug Stalins geworden waren. Es spricht Bände für die Untergebenheit und Zuverlässigkeit Titos, daß er zum Generalsekretär der KP ernannt wurde, nachdem Stalins Geheimpolizei fast die gesamte jugoslawische Führungsspitze gesäubert und dabei über 100 Personen liquidiert hatte. Während seines Aufenthaltes in Moskau zur Zeit der Säuberungen blieb Tito dagegen von allem verschont und schaffte als offensichtlicher Günstling des Kreml in der Partei stattdessen einen rasanten Aufstieg. Dies wird bis heute von offiziellen Biographen von mysteriösen Schleiern umgeben.

Zwischen 1918 und 1941 herrschte die Familie Karageorgic über die nationale Wirtschaft: sie kontrollierte den größten Teil der jugoslawischen Industrie, stellte sich gegen eine Bodenreform und ließ zu, daß wichtige Grundstoffindustrien von ausländischen Kapitalisten übernommen wurden. 1941 gehörten 98% der Kupfer-, Blei-, Holz- und Zementindustrie Ausländern.

Verstaatlichung

Nach der Vertreibung der Nazis erließ 1945 die Partisanenregierung eine Verfügung, wonach das Eigentum von feindlichen Ausländern, Kriegsverbrechern und Kollaborateuren ohne Entschädigung verstaatlicht wurde. Somit gingen auf einen Schlag 80% der Industrie in Staatseigentum über - ein Beweis dafür, wie sinnlos und leer die Politik der Kommunisten unter Tito war, eine "Volksfront" mit Scheinvertretern der Bourgeoisie zu bilden, um für sich den Anschein einer rein nationalen (nicht-sozialistischen) Befreiungsbewegung zu behaupten.

Tito stand während des Partisanenkriegs unter dem Druck von zwei Seiten. Den Kern der Partisanen bildeten die "Proletarischen Brigaden" - kampfbereite junge Arbeiter, die nicht für die Wiederherstellung des Systems der alten herrschenden Klasse kämpften.

gezogen. Als einzige KP Osteuropas (abgesehen von Albanien) kam sie durch ihre eigenen Anstrengungen an die Macht. Die Kandidaten der Volksfront bekamen 90% der Stimmen in den Wahlen zu der Verfassungsgebenden Versammlung, was in Wirklichkeit ein enormes Vertrauensvotum für Tito war.

Stalin versuchte, die jugoslawische Partei und das Regime unter seine Kontrolle zu bringen, so, wie es schnell mit den anderen osteuropäischen Ländern geschehen war. Aber Tito stützte sich auf den heroischen, unabhängigen Kampf von breiten Massen, denen bis zur Endphase des Krieges aus russisch-nationalen strategischen Gründen Unterstützung aus Moskau verweigert wurde. Diese Tatsache erwies sich letzten Endes als Vorteil für Tito - sie ließ ihm ein großes Ausmaß an Handlungsfreiheit. Also sah Tito keine Veranlassung, sich zu Stalins Marionette machen zu lassen.

Im Sommer 1948 verweigerte die jugoslawische Führung Stalin die Unterordnung und lehnte es ab, durch Anerkennung der sowjetischen Oberherrschaft den Rang eines besseren Satellitenstaates zu akzeptieren. Stalin ließ die gesamte jugoslawische Führung für vogelfrei erklären: "Ich werde den kleinen Finger bewegen, und es wird keinen Tito mehr geben", sagte er zu Chruschtschow. Die Begründung des Ausschlusses aus dem Kominformbüro (die Kominform war 1947-1956 die Organisation der osteuropäischen KPs und Ersatz für die 1943 aufgelöste Komintern) war, daß Jugoslawien eine "feindselige Politik" gegenüber der Sowjetunion betrieb und sich am Kapitalismus orientierte. Tito und seine Mitarbeiter werteten dieses Verdammungsurteil zugleich als den Aufruf zu ihrer eigenen Liquidierung.

Tito und seine Gefolgsleute wurden "Faschisten" oder "imperialistische Agenten" und "Mörder" genannt. Moskau und Bukarest griffen auch den "Führerkult" um die Person Titos, seine diktatorischen Methoden und den Einsatz der Geheimpolizei zu innerparteilichen Säuberungen gegen die Opposition heftig an. Mit welchem Recht aber kritisierte Stalin, der eine ganze Generation von alten Bolschewiki vernichtet hatte, die diktatorischen Methoden Titos? Die Kritik am "Führerkult" mit Tito war beinahe lächerlich angesichts des Personenkultes um Stalin. Aller Heuchelei zum Trotz, traf die Kritik in dieser Hinsicht aber zu.

wecheln aber dieses Mitspracherecht mit eigentlicher demokratischer Arbeiterkontrolle über die Betriebe, Wirtschaft und Staat. Die Arbeiter dürfen in der Tat zwar mitreden, aber inwieweit dieses Recht ein Gradmesser für eine echte Arbeiterdemokratie im Gegensatz zum Bürokratismus ist, läßt sich am Beispiel der Richtlinien für die Wahl der Delegierten in den Selbstverwaltungsinstitutionen feststellen: der Kandidat wird darauf festgelegt, daß er die Politik des X. Kongresses und den Inhalt eines Briefes von Tito an die Partei zu unterstützen hat. Zu Lebzeiten Titos durfte seine Person nie Gegenstand von Kritik sein.

Es kann auch nicht bestritten werden, daß in einzelnen Fragen Opposition zur Parteilinie ausgedrückt werden kann, aber es ist verboten, eine organisierte Opposition in Form von Fraktionen in der KP zu bilden oder andere Parteien zu gründen.

Antistalinismus

Die jugoslawische Bürokratie verbreitet gern die Legende, daß Tito schon vor 1948 die Idee der Arbeiterselbstverwaltung als Kontrast zum Stalinismus aufgestellt hatte. Jedoch entstand erst im Herbst 1949 der Gedanke einer Arbeiterselbstverwaltung (und im Juni 1950 verwirklicht) als Teil des Loslösungsprozesses vom russischen Muster. Aber da die Arbeiterklasse nicht durch eine Revolution an die Macht kam, sondern einer Partisanenarmee unter Führung einer stalinistischen Organisation die Macht in die Hände fiel, war Jugoslawien nie ein demokratischer Arbeiterstaat, wie es Rußland in den ersten Jahren nach der Revolution noch relativ weitgehend war. Die Idee der Arbeiterselbstverwaltung kam nicht von den Arbeitern selbst, sondern wurde ausgedacht von führenden Parteintellektuellen.

1966 wurde entdeckt, daß Rankovic, Chef der Geheimpolizei und auserkorener Nachfolger Titos, einen Putsch

'MODELL' SCHWEDEN

ARBEITER FANGEN ZU KÄMPFEN AN

HANS-GERD ÖFINGER

Kapitalismus nagt am Sozialstaat

Die massenhafte Aussperrung von 750.000 schwedischen Arbeitern durch den Unternehmerverband SAF und der schwerpunktmäßige Streik von 100.000 im Gewerkschaftsbund LO organisierten Arbeitern hat schlaglichtartig deutlich gemacht, daß in den 80er Jahren nicht nur in den krisengeschüttelten Ländern Südeuropas, sondern auch in den bisher "stabilen" und "harmonischen" Ländern Nordeuropas schwere Klassenausinandersetzungen bevorstehen werden.

Erster großer Streik seit 1945

Für Schweden war dieser Arbeitskonflikt Anfang Mai die erste große offizielle Streikbewegung seit 1945. Vom Umfang her war dies der größte Arbeitskampf in der Geschichte des Landes überhaupt. Viele Arbeiter machten zum ersten Mal in ihrem Leben Erfahrung mit Streik und Aussperrung. Vielen wurde klar, wie mächtig die Arbeiterklasse sein kann, wenn sie ihre ganze Kraft geballt in die Waagschale wirft. Der König und der Außenminister mußten bei der Gewerkschaft nachfragen, ob die streikenden Fluglotsen nicht doch eine Ausnahme machen und ihnen die Starterlaubnis zum Abflug zu Titos Begräbnis nach Belgrad erteilen könnten.

Im Sheraton-Hotel in Stockholm mußte der Direktor höchstpersönlich die Betten beziehen.

"Wer herrscht im Land?"

Kleine Gruppen von hochqualifizierten Facharbeitern erwiesen sich als fähig, weite Bereiche des Landes lahmzulegen - die U-Bahn in Stockholm, die Straßenbahn in Göteborg, Radio und Fernsehen, die Verbindungen zur Außenwelt, Kaufhäuser und die Benzinversorgung. Die Versorgung der bürgerlichen Presse mit Papier und Druckfarbe war bedroht. Einige Kommentatoren stellten bereits die Frage "Wer herrscht eigentlich in diesem Land - die Regierung oder die Gewerkschaften?" - und präsentierten die vier wichtigsten Gewerkschaftsführer als die "Chefs von Schweden".

Provokation der Arbeitgeber

Nach über drei Jahren bürgerlicher Regierung, in denen der Lebensstandard der Arbeiter gesunken ist, hatten die Arbeitgeber in der diesjährigen Tarifrunde die "Wende" herbeiführen wollen. Angetan von dreijähriger Zurückhaltung der Gewerkschaftsführer in den Lohnrunden und nach einem neuerlichen Wahlsieg der bürgerlichen Koalition boten sie diesmal Lohnerhöhungen von null Prozent an. Durch die Aussperrungsdrohung sollten die Gewerkschaftsführer eingeschüchtert und in die Knie gezwungen werden. Die Arbeiterbewegung sollte zerschmettert werden, und das am 1. Mai!

Bosse verschätzen sich

Doch die Bosse hatten sich gründlich verschätzt. Bei einer inzwischen auf 14% angewachsenen Inflationsrate war dieses Unternehmerangebot eine Provokation. Die Arbeiter waren nicht mehr bereit, weiteren Angriffen auf ihren Lebensstandard zuzusehen. Unter

starkem Druck der Mitglieder rief der Gewerkschaftsbund LO 100.000 Mitglieder in den Streik, um der Forderung nach 11% Lohnerhöhung mehr Nachdruck zu verleihen. Das Schlichtungsangebot von nur 2,5% war ebenfalls so lächerlich, daß es die Wut der Arbeiter nur noch weiter anheizte.

In den eineinhalb Arbeitskampfwochen schwebte über dem Land ein Hauch von Arbeitermacht. Die bürgerliche Regierung Fälldin zog sich ratlos in ihr Schneckenhaus zurück und auf den Gewerkschaftskundgebungen wurde ihr Rücktritt gefordert. Klassenkämpferische Töne aus dem Munde von Gewerkschaftsführern schreckten die bürgerliche Öffentlichkeit auf.

Die Arbeiter folgten loyal dem Streikaufruf ihres Gewerkschaftsbundes. Kein einziger ist aus der Gewerkschaft ausgetreten. Bürgerliche Reporter mußten angestrengt suchen, um auch nur einen Arbeiter zu finden, der gegen den Streik war. Schweden ist eines der

1. MAI 1980

Die größte Beteiligung an den offiziellen sozialdemokratischen Gewerkschaftskundgebungen seit 1945 war am diesjährigen 1. Mai zu verzeichnen. Insgesamt waren 800.000 Menschen, also ein Zehntel der Gesamtbevölkerung, auf den Beinen. In Stockholm waren es 50.000, in Göteborg 40.000 und in Malmö 25.000. In manchen kleineren Industriestädten kam jeder vierte Einwohner zur Kundgebung.

sogar noch gefördert: sie erhofften sich davon eine zahme, von oben nach unten gelenkte Gewerkschaftsbewegung. Dieses System funktionierte lange Zeit ziemlich gut. Grundlage dafür waren die jahrzehntelange wirtschaftliche Blüte. Eine schwerfällige Gewerkschaftsmaschinerie wurde aufgebaut, spontane betriebliche Kämpfe wurden weitgehend



"ALLE RÄDER STEHEN STILL, WENN DEIN STARKER ARM ES WILL."

kapitalistischen Länder mit dem höchsten gewerkschaftlichen Organisationsgrad. 90% aller Arbeiter, das sind zwei Millionen, gehören einer der 23 Industriegewerkschaften des Gewerkschaftsbundes LO an. Dazu kommen nochmal eine Million Angestellte und Beamte in der Dachorganisation TCO, die immerhin einen Organisationsgrad von 70% aufweist. In der Industrie sind fast 100% organisiert, während im Bereich von Handel, Gaststätten und Geschäften "nur" 50% ein Gewerkschaftsbuch besitzen. (Zum Vergleich: Die DGB-Gewerkschaften haben bisher erst 35% aller bundesdeutschen Arbeiter, Angestellten und Beamten organisiert.)

Zentralisierung der Tarifrunde

Dazu kommt noch eine sehr hohe Zentralisierung der Tarifverhandlungen. Die schwedischen Arbeitgeber hatten in den zurückliegenden Aufschwungszeiten nach dem Zweiten Weltkrieg diese Zentralisierung und den starken Mitgliederzuwachs zu den Gewerkschaften

verhindert. So trugen zahme sozialdemokratische Gewerkschaftsführer und eine 44jährige sozialdemokratische Regierung (1932 bis 1976) mit zur Stabilität des schwedischen Kapitalismus bei.

Angriffe auf Lebensstandard

Nachdem aber jetzt der schwedische Kapitalismus sich zu scharfen Angriffen auf den Lebensstandard der Arbeiter gezwungen sieht, rächt sich diese Politik. Denn wenn erst einmal ein bisher schwerfälliger Apparat wie die schwedische Gewerkschaftsbewegung durch echte innergewerkschaftliche Demokratie gut geölt wäre und diese ins Rollen käme, dann könnte sie keine Macht auf Erden mehr aufhalten.

Die bürgerliche Regierung Fälldin weiß, daß sie auf Dauer nicht gegen die Arbeiterbewegung regieren kann. Als diese Koalition aus Liberalen, Konservativen und bürgerlichem Zentrum 1976 die sozialdemokratische Regierung unter Olof Palme ablöste, fing gleichzeitig die internationale Wirtschaftskrise an, sich auf Schweden auszuwirken.

Politik der bürgerlichen Regierung

Aber aus Angst vor dem unvermeidlichen Widerstand der Arbeiter versuchte die Regierung die Arbeitslosigkeit durch staatliche Beschäftigungshilfen, Subventionen für heruntergekommene und von der Absatzflaute betroffene Betriebe und sogar Verstaatlichungen bankrotter Unternehmen aufzufangen. Unter bürgerlicher Herrschaft sind in Schweden in dreieinhalb Jahren mehr Unternehmen vom Staat übernommen worden, als in den vorausgegangenen 44 Jahren sozialdemokratischer Regierung!

Zur Zeit befinden sich allein 100.000 Personen in staatlichen Umschulungsmaßnahmen, die meisten davon werden in ihrem neuen Beruf keine Arbeit finden. Im hohen Norden, wo schon seit zehn Jahren die Industrie systematisch abgebaut und verlagert worden ist, befinden sich zur Zeit mehr Leute in beruflicher Bildung und Umschulung als im Arbeitsprozeß.

Katastrophale Krise

Die Rezession 76/78 hat einen Produktionsausfall von 130 Mrd. Kronen (ca. 55 Mrd. DM) bewirkt. Wenn die wirtschaftlichen Wachstumsraten in den 70er Jahren so hoch gelegen hätten wie

in den 60ern, dann wäre das Brutto-sozialprodukt 1979 um 20% größer gewesen. Pro Arbeiter wären dies zusätzlich 20.000 Kronen (ca. 8.400 DM) oder zwei Monate Urlaub.

All dies trieb die Neuverschuldung des Staatshaushaltes gewaltig in die Höhe:

Haushaltsjahr	Neuverschuldung in Mrd. Kronen
75/76	3,5
76/77	11
77/78	25
78/79	44
79/80	50
80/81	58

(1 skr = ca. 0,42 DM)

Demontage des Sozialstaats

Auf kapitalistischer Grundlage wird der Regierung gar nichts anderes übrig bleiben, als radikal die Ausgaben für Sozialleistungen, Gesundheitswesen, Bildung und Mieten zusammenzuziehen. Die Arbeiter und Jugendlichen werden sich aber wehren und die Errungenschaften verteidigen, wie zum Beispiel

- * freien Krankenhausaufenthalt
- * 90% Lohnfortzahlung im Krankheitsfall
- * Arbeitslosenunterstützung von 90% des Nettolohnes in den ersten 12 Monaten.

Jetzt hieß es, zunächst solle erst einmal mit 7 Mrd. Kronen Einsparung ein Anfang gemacht werden, aber die Regierungsparteien sind sich uneins darüber, wo. Wahrscheinlich dürften aber zuerst die Schwächeren und Wehrlosen betroffen sein, also Bereiche wie Kindergeld, Altenfürsorge und Alkoholikerhilfe.

Nächste Regierung wieder sozialdemokratisch?

Die Tage der Regierung Fälldin sind gezählt. Bei der spätestens 1982 anstehenden Wahl wird höchstwahrscheinlich wieder eine sozialdemokratische Regierung antreten. Parteiführer Olof Palme scheint zu ahnen, daß die Arbeiter damit große Hoffnungen verknüpfen. Er wird dann Farbe bekennen müssen - entweder mit dem Kapital brechen, die Großkonzerne und Banken verstaatlichen, und eine harmonische demokratische Planwirtschaft aufbauen; oder sich dem kapitalistischen Druck beugen und das schmutzige Geschäft der sozialen Demontage durchführen. Palme versucht schon seit einiger Zeit, der Basis die Idee einer Koalition mit den Liberalen schmackhaft zu machen. Die aktiven Parteimitglieder sind aber gegenüber einer solchen Zusammenarbeit mit einer Partei des Kapitals mißtrauisch.

Bilanz des Streiks

Nach dem großen Arbeitskonflikt sind jetzt viele Arbeiter dabei, Bilanz zu ziehen. Denn angesichts weiter steigender Inflationsraten, Arbeitslosenziffern und bevorstehender Sparmaßnahmen ist der nächste Konflikt schon vorprogrammiert.

Zum ersten Mal in der schwedischen Geschichte sind die Gewerkschaften gestärkt aus einer solchen Auseinandersetzung hervorgegangen. Von null auf knapp sieben Prozent in wenigen Tagen - dies ist ein Erfolg in den Augen der meisten Arbeiter. Viele haben neues Selbstvertrauen gewonnen. Ein Gefühl der eigenen Stärke und Macht, sie haben keine Angst mehr vor Streiks. Außerdem würde die LO-Streikkasse für fast drei Monate Vollstreik ausreichen. An einem Tag im Kampf haben die Kollegen mehr gelernt als in zehn Jahren alltäglichen Klassenkampfes.

Was nun?

Gleichzeitig wird auch die Frage gestellt, wie man sich politisch und organisatorisch auf den nächsten Konflikt besser vorbereiten kann. Die LO-Führung brachte zwar regelmäßig in radikalen Worten die Stimmung der Mitglieder zum Ausdruck, aber dem folgten keine entsprechenden Maßnahmen und oft fehlten den (bisher streikunerfahrenen) Mitgliedern die einfachsten Ratschläge und Tipps von der Gewerkschaft, wie man am besten den Streik organisiert.

In den 80er Jahren werden die schwedischen Arbeiter vollends wachgerüttelt werden. Wenn die schwedische Arbeiterbewegung sich voll und ganz ihrer Stärke bewußt wird, dann kann sie auch ihren Willen durchsetzen und Schweden zu einem echten Modell der sozialen Demokratie machen.

JUNGSOZIALISTEN AKTIV DABEI

Eine Woche nach dem Streik sprachen wir mit aktiven Genossen vom marxistischen Flügel der schwedischen Jungsozialisten (SSU) über ihre Erfahrungen im Arbeitskonflikt.

HÄRNÖSAND

"Wir bildeten sofort einen Ausschuß und nahmen Kontakt mit den Gewerkschaften auf. Mit den betrieblichen Gewerkschaftsführern besprachen wir unsere Vorstellungen davon, wie man alles in der Stadt am besten organisieren könnte. Unsere Vorschläge wurden bereitwillig aufgenommen. Den Gewerkschaftskollegen haben wir das Juso-Büro als Streikzentrale zur Verfügung gestellt, weil sie außer in den Betrieben keine Räume hatten.

Wir organisierten Spendensammlungen in der Stadtmitte und informierten die Passanten über die Hintergründe. Die Leute reagierten freundlich, das Interesse war sehr groß.

Jetzt müssen wir weiter am Ball bleiben und die frischen Kontakte zu den Betrieben vertiefen."

HALLSTAHAMMAR

"In dieser Stadt sind die Linken in der Metall-Gewerkschaft traditionell stark. Viele unter den Jüngeren sind auch Mitglieder der Jungsozialisten. Aber bisher war die SSU-Arbeit etwas schleppend gelaufen.

Nach einigen Tagen hatten wir eine öffentliche Kundgebung und Straßendiskussionen organisiert. Dies kam bei den aktiven Gewerkschaftlern und auch bei der Bevölkerung gut an. Genossen von uns wurden als Redner zu Gewerkschaftsversammlungen eingeladen, und die betrieblichen Gewerkschaftsführer versprachen uns, junge Kollegen auf Gewerkschaftskosten für ein paar Stunden von der Arbeitszeit freizustellen, damit sie mit uns diskutieren können."

GENERALSTREIK 1909

Der schwedische Arbeitskonflikt vom Mai 1980 war der umfangreichste Klassenkonflikt des Landes seit dem Generalstreik von 1909, der als die "Revolution der verschränkten Arme" in die schwedische Geschichte eingegangen ist und mit einer Niederlage endete.

In den ersten Jahren dieses Jahrhunderts gab es viele betriebliche Konflikte um Lohnsenkungen und die Anerkennung der Gewerkschaften als Interessenvertreter der Arbeiter. 1902 streikten 120.000 für das allgemeine Wahlrecht. Die Rezession von 1907 führte zu weiteren Lohnsenkungen und löste eine Streikwelle im ganzen Land aus. Als der Unternehmerverband SAF mit Massenaussperrung drohte, rief die Führung des Gewerkschaftsbundes LO den Generalstreik aus. Die Basis hatte dies schon lange gefordert. Die Kampfbereitschaft war sehr groß, obwohl kein Streikgeld bezahlt wurde. 300.000 Arbeiter beteiligten sich am Kampf, davon waren aber nicht einmal 200.000 gewerkschaftlich organisiert. Auch die Mitglieder einer von bürgerlichen Liberalen geführten Spaltergewerkschaft kämpften mit.

Entscheidende Fehler in der Streikführung führten aber schließlich zu einer Niederlage der Arbeiter. Die LO-Führung hatte nichts vorbereitet, eine Zentralisierung kam nicht zustande, die Eisenbahner waren nicht beteiligt. Statt konzentrierter Hilfe hatte die Gewerkschaftsführung den Mitgliedern nur den Ratschlag anzubieten: "Geht raus in die Wälder und genießt Eure Freizeit." Aus falscher Solidarität heraus wurden auch die Druckereien der Arbeiterpresse bestreikt.

Diese Niederlage führte zu einer großen Demoralisierung in der Arbeiterbewegung. Die Mitgliederzahl der Gewerkschaften sank von 190.000 auf 80.000. Die Löhne wurden stark gedrückt, und viele wanderten aus.

WIRTSCHAFT: DÜSTERE AUSSICHTEN

Noch vor wenigen Jahren galt Schweden für viele deutsche Sozialdemokraten als nachahmungswertes sozialdemokratisches Paradies. Gebildet von dem hohen Lebensstandard und den staatlichen Sozialleistungen sprachen manche sogar schon vom Modell des Sozialismus, der in Schweden ausgebrochen sei.

Der schwedische Kapitalismus konnte es sich auch lange Zeit leisten, den Arbeitern weitgehende Zugeständnisse zu machen. Wie kaum in einem anderen Land profitierte die exportabhängige schwedische Industrie von dem weltweiten Wirtschaftsaufschwung nach dem Zweiten Weltkrieg. Damit ist der schwedische Kapitalismus aber auch besonders anfällig geworden für die Schwankungen des Weltkapitalismus. Dies beginnt sich jetzt voll auszuwirken und droht den ganzen Lebensstandard und den "Wohlfahrtsstaat" zu zerstören. Der schwedische Kapitalismus zeigt jetzt sein wahres Gesicht.

* Schweden ist eines der Länder mit der höchsten Konzentration und Monopolisierung: Die Familie Wallenberg ist an allen wichtigen Firmen beteiligt und kontrolliert über 400.000 Arbeiter. Die Familie Bonnier kon-

trolliert mit "Dagens Nyheter" und "Expressen" zwei der wichtigsten Tageszeitungen, außerdem über 50% der Wochenblätter.

* Die Hälfte der Industrieproduktion geht in den Export.

* Das wirtschaftliche Wachstum ist von durchschnittlich 4,5% in den 60er Jahren auf 2% in den 70er Jahren gesunken und lag im "Aufschwungsjahr" 1979 nur noch bei 1%.

* Die Geldentwertung der letzten drei Jahre belief sich auf 40%. Allein für 1980 werden bis zu 20% Inflation vorausgesagt.

* Von 1977 bis 1979 gingen die jährlichen Investitionen in die Industrie um 30% zurück.

* In zehn Jahren sind 50% aller Textilarbeitsplätze vernichtet worden.

* Die Holz- und Papierindustrie soll auf 50% der jetzigen Fabriken konzentriert werden.

* Die Hälfte der Arbeitslosen sind unter 25 Jahre. Zum Abbau der Arbeitslosigkeit wären 200.000 neue Arbeitsplätze und 10-15% jährliche Investitionsrate nötig. . . aber:

* 150.000 Arbeitsplätze werden in den nächsten fünf Jahren verschwinden.

POLITISCHE SPANNUNGEN IN ALLER WELT

DROHT EIN WELTKRIEG?**Frieden ist nur durch Sozialismus zu sichern**

Die Angst vieler Arbeiter, Rentner und Jugendlicher vor einem neuen Krieg war schon lange nicht mehr so groß wie gerade in diesem Jahr. Nach dem westlichen Getöse um den sowjetischen Einmarsch in Afghanistan und Carters gescheitertem Blitzkommando zur "Rettung" der Geiseln in der Teheraner US-Botschaft sehen jetzt wieder viele eine akute "Kriegsgefahr". Helmut Schmidt selbst hat unlängst laut über die Möglichkeit eines Öl-Krieges nachgedacht und die gegenwärtige Lage mit den internationalen Spannungen vor dem Ausbruch des 1. Weltkrieges 1914 verglichen.

Auch der Wahlerfolg der SPD in Nordrhein-Westfalen ist ein Ausdruck dafür, daß vor allem viele ältere Arbeiter und Rentner der SPD am ehesten zutrauen, den Frieden zu bewahren, und daß sie auf keinen Fall das Risiko einer säbelrasselnden reaktionären Strauß-Regierung eingehen wollen.

Der Einmarsch in Afghanistan Ende 1979 bot den bürgerlichen westlichen Regierungen einen willkommenen Anlaß, um eine verstärkte militärische Aufrüstung zu rechtfertigen. In den USA hatte der innenpolitisch abgewirtschaftete Präsident Carter schon seit der Teheraner Geiselnahme letzten September geschickt die weltpolitische Lage ausgenutzt, um eine neue Welle nationalistischer Begeisterung in der Bevölkerung hervorzurufen und seine Position vorübergehend zu stärken.

Tiefe Krise in USA

Die USA stecken inmitten einer neuen Wirtschaftskrise. Carters großartige Reformvorhaben sind gescheitert. Diese Krise dürfte die tiefste Rezession in der amerikanischen Nachkriegszeit sein. Die Arbeitslosigkeit ist schon auf 6,2% angestiegen, und der allgemeine Lebensstandard steigt schon seit Jahren nicht mehr.

Kürzlich forderte die Wirtschaftszeitung "Wall Street Journal" noch höhere Rüstungsausgaben und erklärte, daß deshalb Sozialausgaben und Armenhilfe weiter gestrichen werden müßten. Dies und die Auswirkungen neuer Massenentlassungen in der Industrie dürfte die Armut vergrößern - in einem Land, wo schon über 26 Mio. Menschen als arm gelten.

Blamage für Carter

Angesichts solch trüber Aussichten mußte Carter, der ja 1976 gerade mit den Stimmen vieler Armer und rassistischer Minderheiten gewählt worden war, wenigstens außenpolitisch den starken und unverzichtbaren Mann spielen.

Aber der von ihm initiierte Olympiaboykott stieß in vielen westlichen Ländern auf Ablehnung, und die verzweifelte Rettungsaktion endete mit einer Blamage für den Präsidenten. Was sich hinter den dürren Worten vom "technischen Versagen" verbirgt, ist das Eingeständnis der Schwäche und Impotenz des US-Imperialismus; und der Rücktritt des Außenministers Vance ist klares Zeichen für die Zerstrittenheit der herrschenden Klasse in den USA.

Schwächung des Imperialismus

Auch noch so starke Worte und Drohgebärden amerikanischer Politiker können nicht darüber hinwegtäuschen, daß der westliche und vor allem der US-amerikanische Imperialismus in den letzten Jahren einen Rückschlag nach dem andern erleiden mußten. Seit Ende der 40er Jahre ist die Vormachtstellung des US-Imperialismus auf dem Weltmarkt stetig unterhöhlt worden: Sein Anteil an der Weltwirtschaft sank von damals 40% auf heute 20%!

Der Vietnamkrieg verschlang 90 Mio. Dollar täglich und schwächte die US-Wirtschaft. Schließlich mußte sich die "Weltmacht Nr. 1" von einem kleinen südostasiatischen Bauernvolk geschlagen geben.

Gegen die Revolution in Portugal konnten die USA nicht militärisch eingreifen, und in Ländern wie Angola, Mocambique und Äthiopien wurde dem Imperialismus jeglicher Boden entzogen. Ohnmächtig mußten die Herrschenden der USA auch mit ansehen, wie in Iran und Nicaragua von ihnen eingesetzte Diktatoren wie Kartenhäuser zusammenstürzten. Bald könnten noch

weitere folgen (Südkorea, weitere lateinamerikanische Regimes). Es ist kaum denkbar, daß die US-Armee heutzutage in irgendeinem wichtigen Land eine von der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung getragene Revolution niederschlagen könnte. Der innenpolitische Widerstand wäre heute wesentlich stärker als vor zehn Jahren die damalige Protestbewegung gegen den Vietnamkrieg.

Niedrige Kampfmoral in Armee

Die allgemeine Kampfmoral der einfachen Soldaten ist sehr niedrig. Die Soldaten sind nicht aus Überzeugung in der Armee. Für viele ist sie der einzige Ausweg aus der Arbeitslosigkeit. Gerade die Schwarzen, die von der Arbeitslosigkeit am härtesten betroffen sind, stellen daher 42% der Armee dar (obwohl der schwarze Bevölkerungsanteil nur 12% der Gesamtbevölkerung beträgt!). Tests unter den Rekruten haben ergeben, daß ein Viertel von ihnen nicht einmal die Bedienungsanleitung für die Waffen lesen kann. . .

Mit einem solchen laschen Haufen wird der US-Imperialismus nie und nimmer revolutionäre Erhebungen schlagen können. Selbst eine militärische Besetzung der dünn besiedelten arabischen Ölfelder durch amerikanische Spezialtruppen würde auf den schärfsten Widerstand stoßen und müßte über kurz oder lang wieder aufgehoben werden.

**Kapitalismus heißt Krieg**

Natürlich zeigen die jüngsten Manöver Carters, daß auch hinter der Fassade des lächelnden Erdnuß-Predigers ein eiskalter Imperialismus steckt. Schon Lenin hatte erkannt, daß Kapitalismus Krieg bedeutet, und er hat richtig festgestellt, daß auf den ersten auch weitere Weltkriege folgen werden, wenn es den Arbeitern nicht gelingen würde, den Kapitalismus international zu stürzen. In der Tat hat es seit 1945 auch kein einziges Jahr gegeben ohne militärische Konflikte, Bürgerkriege, Staatsstürche, Guerilla- oder Unabhängigkeitskriege in irgendeinem Teil der Erde. (Naher Osten, Korea, Vietnam, El Salvador, Pakistan). Die bürokratisch-nationalistische Engstirnigkeit und Interessensgegnisse der jeweils Herrschenden haben auch schon zu militärischen Auseinandersetzungen zwischen angeblich "sozialistischen" Staaten geführt: UdSSR-China, China-Vietnam, Vietnam-Kampuchea.

Doch manche "Linke" machen es sich ziemlich einfach: Weil schon Lenin es so gesagt hat, und weil Carter gegenwärtig so aggressiv ist - darum drohe nun ein neuer Weltkrieg. Aber ebensowenig wie der erste Weltkrieg auf die Pistolenschüsse eines fanatischen Studenten in Sarajewo und der 2. Weltkrieg auf den Größenwahnsinn des Herrn Adolf Hitler zurückzuführen ist, ebensowenig wird es einen 3. Weltkrieg einfach nur deshalb geben, weil ein Mr. Carter und sein Scharfmacher Brzezinski es so wollen. . .

Revolution beschleunigte Kriegsende 1918

Der erste Weltkrieg war ein imperialistischer Krieg zwischen einigen wenigen Großmächten um die Vorherrschaft in Europa und der Welt. Aber je länger der Krieg andauerte, desto kritischer wurde die Stimmung unter den

Arbeitern und Soldaten. Dieselben Soldaten, die noch 1914 unter der massiven Kriegspropaganda und mit Unterstützung der Arbeiterparteien in den Krieg gezogen waren, begannen zu meutern.

Der Krieg beschleunigte den Verlauf der russischen Revolution 1917, und viele Historiker haben schon darauf hingewiesen, daß der Waffenstillstand vom November 1918 noch gerade rechtzeitig kam, weil sonst der Krieg dadurch zu Ende gegangen wäre, daß die Soldaten Frankreichs und Englands die Befehle einfach nicht mehr ausgeführt hätten und dem russischen Beispiel gefolgt wären. So zwang die Angst vor der Revolution die Herrschenden zum Abbruch des Krieges. Es folgten in ganz Europa Jahre revolutionärer Kämpfe und Erhebungen. Weil aber in keinem Land eine starke und überzeugende marxistische Führung in der Arbeiterbewegung vorhanden war, endeten all diese Kämpfe mit einer Niederlage der Arbeiterklasse.

Niederlage der Arbeiter führte zum 2. Weltkrieg

In Deutschland konnte ab 1924 der Kapitalismus wieder eine vorübergehende Atempause einlegen, in Italien kamen die Faschisten an die Macht, in England mußten sich die Arbeiter im Generalstreik 1926 geschlagen geben. Diese Kette läßt sich fortsetzen bis zur

Den Herrschern in Ost und West dient das Feindbild der anderen Seite als Vorwand, um die eigene Macht zu behaupten und die Loyalität der Arbeiter zu sichern.

"Friedliche Koexistenz"

Insofern besteht bei aller Gegensätzlichkeit auch ein gemeinsames Interesse der westlichen Kapitalisten und der Ostblockbürokraten an der Aufrechterhaltung des Ist-Zustandes, oder - im stalinistischen Sprachgebrauch - an der "friedlichen Koexistenz". Die ganze Hektik um Afghanistan in den letzten 6 Monaten darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß die nüchternen westlichen Politiker weiterhin den Kurs der "friedlichen Koexistenz" steuern, nicht zuletzt auch wegen der Geschäfte durch den Osthandel. Es ist gerade ein Jahr her, seitdem Breschnew und Carter mit dem schmatzenden Bruderkuß von Wien ihren Willen zur Zusammenarbeit aller Welt deutlich machten.

Und nachdem der größte Afghanistan-Rummel verfliegen ist, haben auch schon wieder etwas weitsichtiger westliche Politiker wie Giscard und Schmidt das Gespräch mit den östlichen Staatschefs aufgenommen.

Kommen die Russen?

Nach Afghanistan haben hierzulande wieder Konservative (und Maoisten!) verstärkt versucht, die Angst vor einem Einmarsch der Roten Armee in Westeuropa zu schüren. Wenn es nach Strauß geht, dann will Moskau die Weltrevolution und kommen bald die "Kosaken". In der Tat sind die Streitkräfte des Warschauer Paktes auch militärisch den europäischen Nato-Partnern überlegen und wären stark genug, um innerhalb weniger Wochen Westeuropa zu besetzen. Aber dies würde sofort einen atomaren Gegenschlag der USA provozieren und zu einem unkontrollierbaren Atomkrieg führen. Ein solcher Atomkrieg würde nicht nur die Arbeiterklasse ausrotten, sondern auch die Kapitalistenklasse und die stalinistische Bürokratie selbst.

Deshalb sind - bei aller Phrasendrescherei vom "Kalten Krieg" - auch die Herrschenden in Ost und West um jeden Preis daran interessiert, die Konflikte möglichst klein zu halten und eine Ausweitung in einen heißen Krieg zu verhindern.

Für "Ruhe" - gegen Revolution

Außerdem ist die Rote Armee seit 1945 in Osteuropa nur eingesetzt worden, um eigenständige Bewegungen der Arbeiter zum Aufbau einer echten sozialistischen Demokratie zu unterbinden (DDR 1953, Ungarn 1956, CSSR 1968).

Auch Afghanistan gehörte schon vor dem russischen Einmarsch zum Einflußbereich Moskaus. Ein Hauptzweck dieses Einmarsches ist es, Ruhe herzustellen, weil die Moskauer Herrscher Angst vor einem Überspringen der Unruhen auf den asiatischen moslemischen Teil der SU haben.

In einem sind sich die Imperialisten und die Ostblock-Bürokraten einig: Beide lehnen sie eine sozialistische Revolution im Westen ab. Denn eine sozialistische Arbeiterdemokratie ist auch nur einem westlichen Industrieland ohne bürokratische Vorherrschaft und Privilegien wäre auch für die Arbeiter in Osteuropa ein Vorbild und würde ihnen in ihrem Kampf gegen die stalinistische Bürokratie Auftrieb geben.

Aus all diesen Gründen bleibt ein militärischer Angriff auf Westeuropa durch die Rote Armee ausgeschlossen. Ebenso unmöglich ist in absehbarer Zeit ein Angriff der NATO-Staaten auf den Ostblock oder China.

Wieviel sind Verträge wert?

Natürlich sind auch die besten internationalen Friedens- und Abrüstungsverträge kein ewiger Schutz vor Kriegen. Denn sonst hätten schon die internationalen Verträge der 20er Jahre den 2. Weltkrieg verhindern können.

Verträge sind Absichtserklärungen auf einem Stück Papier - bestenfalls

eine Widerspiegelung gegenwärtiger Kräfteverhältnisse. Natürlich sollten wir alle dafür eintreten, daß weniger Geld für die Rüstung und mehr für Soziales und Bildung ausgegeben wird. Aber wir sollten nicht der gefährlichen und verhängnisvollen Illusion nachhängen, daß man durch starke moralische Appelle und auch ein wenig Druck von der Straße die Kapitalistenklasse darauf verpflichten könnte, sich freiwillig zu entwaffnen.

Krieg oder Bürgerkrieg

Die seriösen Strategen des Kapitals wissen, daß in den nächsten beiden Jahrzehnten nicht ein Weltkrieg ansteht, sondern viel eher ein Welt-Bürgerkrieg.

Günter Nollau, ehemaliger Chef des Verfassungsschutzes, kommt in seinem Buch "Wie sicher ist die Bundesrepublik?" zu der folgenden Schlussfolgerung:

"Wir müssen damit rechnen, daß der Tag kommen wird, an dem die Arbeiterschaft nicht nur nach dem Inhalt der Lohntüten schaut.

Das Bewußtsein der Massen wird eines Tages reif sein zu erkennen, daß ihre Arbeitsbedingungen, insbesondere die Folgen der Arbeitsteilung, "inhuman" sind, dh. ihrer Lage als ganzheitliche menschliche Wesen nicht entsprechen. Wenn dieses Gefühl von einer politischen Bewegung umgesetzt werden kann in eine massenhafte Empörung gegen diese "Ungerechtigkeit" - dann wird die Lage kritisch: Gegen Terroraktionen kleiner Gruppen kann unsere Gesellschaft ihre Zwangsmittel einsetzen. Ob unsere Demokratie die Kräfte besitzt, Maschinengewehre gegen revoltierende Arbeitermassen zu richten, bezweifle ich. Ein Noske, der 1919 erklärte: 'Einer muß den Bluthund machen', scheint mir nicht in Sicht."

Chance für Arbeiterbewegung

Anders als in den 30er Jahren ist heute die Arbeiterklasse in den westlichen Industrieländern stark und selbstbewußt. Sie hat seit dem 2. Weltkrieg keine größere Niederlage mehr erlebt. Die Krise des Kapitalismus wird die Arbeiterbewegung zu großen Kämpfen zwingen. Das Kräfteverhältnis wird sich so in den kommenden Jahren noch mehr zugunsten der Arbeiterklasse verschieben. Es wird - wie in den 20er Jahren - wiederholte Chancen geben, im Westen den Kapitalismus zu stürzen und eine sozialistische Arbeiterdemokratie aufzubauen.

Erst wenn es der Arbeiterbewegung nicht gelingt, diese Chancen wahrzunehmen, könnte die herrschende Klasse in ihrer Verzweiflung zum Mittel von Militärdiktatur oder Faschismus greifen. Ein Pinochet oder gar ein Hitler, der als Herrscher über das ganze Vernichtungspotential verfügen könnte - dies könnte dann sehr schnell zu einem "totalen Krieg" führen und in der Vernichtung und Zerstörung aller menschlichen Kultur enden.

Frieden durch Sozialismus

Deshalb ist es die Aufgabe aller Sozialisten in der Arbeiterbewegung, diesen Zusammenhang zwischen einer zukünftigen echten Kriegsgefahr und der Notwendigkeit des Sozialismus den Kollegen geduldig zu erklären. Wir müssen auch deutlich sagen, was für ein hoher Lebensstandard überhaupt erst möglich wäre, wenn die ganzen Gelder, Technologie, Wissenschaftler, Energie und Arbeitskräfte nicht für die zerstörerische Kriegsproduktion, sondern zum Wohle der ganzen Menschheit, gegen Hunger, Krankheit, Armut und Not eingesetzt würden.

Deshalb dürfen wir bei allen Forderungen nach Frieden und Abrüstung nicht den Kampf um den Sozialismus vergessen. Nicht "Zuerst Frieden, dann Sozialismus" - sondern "Frieden durch Sozialismus".

VON
GREG POWELL
UND
SUE POWELL
HAMBURG

Stollwerck in Köln — Dreisameck in Freiburg

BILLIGEN WOHNRAUM FÜR ALLE!

Besetzungen machen auf zunehmende Wohnungsnot aufmerksam

Spektakuläre Gebäudebesetzungen haben in den letzten Wochen das Problem der Wohnungsnot wieder ins Bewußtsein der Öffentlichkeit gerückt, das vielleicht von Vielen für längst erledigt gehalten wurde.

Besetzungen von alten Gebäudekomplexen wie in Freiburg und Köln machen den Bedarf an billigem Wohnraum deutlich, an dem durch zu teure Neubau- und Eigentumswohnungen vorbeigebaut wird.

Die Heftigkeit der Auseinandersetzungen erinnert an die Zeiten der Studentenunruhen, als im Frankfurter Westend alte Mietshäuser besetzt wurden, die von ihren Eigentümern dem Verfall preisgegeben wurden, um auf den Grundstücken profitablere Bürohochhäuser bauen zu können.

Wohnraumpekulation

Daß das Problem Wohnungsnot nicht nur auf die BRD beschränkt ist, zeigen ähnliche Aktionen im kapitalistischen Ausland, wie z.B. die Häuserbesetzungen in Amsterdam durch die "Kraakers".

Das Problem ist für die Spekulanten eng mit der Frage verknüpft: wie mache ich mit meinem Eigentum den meisten Profit? Dies fragte sich auch die schweizer Lebensversicherungsgesellschaft, die die fünf Häuser in der Freiburger Innenstadt erstand. Und die "Lösung" ist ebenso schnell zur Hand:

Abriß und Neubau, jedoch dann mit Ladenlokalen und Büroetagen, aus denen sich erheblich mehr Miete ziehen läßt (zumal in der Innenstadt), dadurch erhöht sich ebenfalls der Wert der darüberliegenden Wohnungen. Das ganze Objekt wird also um ein Vielfaches gewinnbringender und läßt sich später eventuell mit enormem Profit wieder abstoßen.

Freiburger Innenstadt im Belagerungszustand

Solchen Plänen sollten die über 60 Studenten weichen, die seit drei Jahren die bis dahin leerstehenden Häuser bewohnten und besetzt hielten. Als diese sich weigerten auszuziehen, bediente man sich der staatlich besoldeten Eigentums-Schützer und inszenierte einen ebenso massiven wie brutalen Polizei-Einsatz, der nahezu bürgerkriegsähnliche Zustände in die Freiburger Innenstadt brachte. Und das nicht nur am Tag der Räumung. Noch tagelang glich die Innenstadt einer besetzten Zone, in der sich nicht nur Hunderte, sondern Tausende und Zehntausende von mit den Besetzern sympathisierenden Demonstranten Strassenschlachten mit der Polizei lieferten.

Welle der Sympathie

Diese breite Welle der Solidarisierung macht deutlich, daß sich nicht nur

eine Handvoll Studenten von dem Problem betroffen fühlen.

Auf einer ebensolchen Welle der Sympathie schwimmen die Besetzer des Stollwerck-Fabrikgeländes in der südlichen Altstadt von Köln. Worum geht es im Stollwerck? Das umliegende Stadtviertel soll grundlegend saniert werden. Viele der etwa zehntausend Bewohner wohnen "seit Jahrzehnten... in Hinterhofwohnungen mit der Toilette im nächsten Stockwerk, ohne Bad und Putz an den Wänden, den alten Ölofen mitten in der guten Stube." So die Stadt Köln in einer Anzeige.

Abriß oder Sanierung

Die Unterbringung der Bewohner während der Sanierungszeit soll in Wohnungen auf dem Stollwerck-Gelände geschehen, die aber auch darüber hinaus als Wohnraum zur Verfügung stehen sollen. Es geht also um langfristige Lösungen.

Während die Stadt 60 % des Fabrikgeländes abreißen und neu bauen will (u.a. auch Eigenheime), setzt sich die "Bürgerinitiative Südpfliche Altstadt" (BISA) für den Umbau der Fabrik und die Schaffung billigen Wohnraums ein.

Von der Stadt wurden die Fabrikgebäude jedoch als nicht bewohnbar eingestuft - die inzwischen von der BISA gebaute Musterwohnung beweist das Gegenteil.

Kaum war die Musterwohnung gebaut, wollte die Stadt jedoch keine Berücksichtigung zulassen, sondern die Fabrik umgehend abreißen lassen. Dieses Vorhaben wurde durch die Besetzung in letzter Minute verhindert.

Nach der Besetzung versuchte die Kölner Stadtverwaltung und die SPD-Fraktion alles mögliche, um die Besetzer als gemeingefährliche Verbrecher abzustempeln und eine Solidarisierung durch die Bewohner der umliegenden Viertel zu verhindern.

Kriminalisierung der Besetzer

Die Stadtverwaltung veröffentlichte mehrseitige Anzeigen im Kölner Stadtanzeiger. Textprobe:

"Nachdem vor einem groß angekündigten 'Pfingstfest' Strom und Wasser von der Stadt abgestellt worden waren, 'besorgten' sich die Besetzer, was sie brauchten. Inzwischen erscheint sogar eine 'Stollwerck-Zeitung', werden Flugblätter mit den Privat-Telefonnummern Kölner Politiker verteilt, mit der Aufforderung dort anzurufen. Sogar ein Gottesdienst wurde bereits am Stollwerck abgehalten."

Dies stand unter der Rubrik "Gewalt", in der die Gewalttätigkeit der Besetzer beschrieben werden sollte. Hier kann man wirklich nur zu dem Schluß kommen, den auch der Kölner SPD-Fraktionsvorsitzende Günter Herte-

rich zog: bei den Besetzern handele es sich um "paramilitärisch bewaffnete Rocker!"

Zur Begründung, warum der Abriß unbedingt sofort vorgenommen werden müsse, heißt es in der Anzeige weiter:

"Wer sich hier nicht auskennt, ist in höchster Gefahr. Überall lauern Aufzugsschächte, die hinter beweglichen Klappen verborgen sind. Löcher in Decken, zersplitterte Fenster und Stolperhindernisse sorgen für Gefahr."

Dies steht unter der Feststellung, man habe den Besetzern Strom und Wasser abgesperrt!



Hausfassade mit Sprüchen
(Fotos: Fotogruppe Dreisameck)

Die Bevölkerung der Umgebung scheint an den gewalttätigen Rockern und der gefahrenträchtigen Fabrik jedenfalls großes Interesse zu haben. Zu dem besagten Pfingstfest kamen Tausende, und die Bürgerversammlungen wie auch die Musterwohnung findet regen Zuspruch. Und das, obwohl bis vor kurzem noch mit massivem Polizeieinsatz zur Räumung des Geländes und strafrechtlicher Verfolgung von Besetzern sowie Besuchern gedroht wurde.

Doch dies ist inzwischen durch die breite Solidarisierung nicht mehr durchzuhalten.

Kölner SPD-Basis gegen Abriß

Die Polizeigewerkschaft lehnte eine Räumung ab, ebenso der Unterbezirksparteitag der SPD Köln, der sich mit knapper Mehrheit (gegen den Willen von Parteispitze und Fraktion) dafür aussprach, den Abriß auszusetzen, städtische Musterwohnungen zu bauen und alle Strafanträge zurückzuziehen.

Die BISA fordert eindeutig eine breite Diskussion um die zukünftige Gestaltung von Stollwerck und eine Entscheidung durch die Bewohner des Sanierungsgebiets.

Diese Pläne der BISA wie auch die

Besetzung selbst sollten die volle Unterstützung aller Linken finden!

Die Stadt zieht sich einfach darauf zurück, daß der Prozeß der Entscheidungsfindung durch die Beschlüsse von Rat, Ausschuß und Bezirksvertretung abgeschlossen sei und verweist im übrigen auf die Mitwirkungsrechte, die bei Sanierungen gesetzlich vorgesehen sind.

Doch wie oft eine Entscheidung von Volksvertretern nicht im Sinne der Vertretenen ist und wie mager die gesetzlichen Mitwirkungsmöglichkeiten sind, das haben schon zahlreiche Sanierungsprojekte andernorts bewiesen. So wurden z.B. schon Bewohner regelrecht aus den betroffenen Vierteln "wegsaniert".

Fabrikasanierung keine Generallösung

Doch wie immer die Auseinandersetzung um Stollwerck ausgehen wird - Fabrikasanierungen sind sicher nicht die Generallösung für alle Wohnungsprobleme. Das wissen auch die Besetzer, denn sie sehen "die historisch einmalige Möglichkeit, im Stollwerck neue preisgünstige Ersatzwohnungen, sowie neue Wohn-, Lebens- und Kommunikationsformen entstehen zu lassen." (aus einem offenen Brief der Initiative "Wohnen im Stollwerck")

Die grundlegenden Übel im Wohnungsbau - sowohl bei Neubau als auch bei Altbauanierung - sind damit noch nicht beseitigt, nämlich:

- rasant steigende Grundstückspreise und Bodenspekulation
- Kostenexplosion im Baugewerbe
- dadurch Rückgang der Bautätigkeit und ansteigende Mieten
- keine echte Mitbestimmung der Betroffenen und der zukünftigen Benutzer
- Verteuerung der Baukredite.

Mit einem Wort: Bodenspekulanten, Baulöwen und Banken bereichern sich, wo immer sie nur können.

Denn auch im Wohnungsbau gelten die Dschungel-Gesetze der Marktwirtschaft: nur wo hohe Profite winken, wird was getan. Steht die Baukonjunktur schlecht, dann haben die Wohnungssuchenden eben Pech!

Es sei denn, sie wollen Eigentum erwerben. Hier wird noch kräftig gebaut und auch staatlicherseits großzügig gefördert. Nach Angaben des deutschen Mieterbundes werden Eigenheime und Eigentumswohnungen mit 300 Millionen DM gefördert, aber der soziale Wohnungsbau nur mit 138 Millionen DM.

Wachsende Wohnungsnot

Resultat: Bau von teuren Eigentumswohnkomplexen mit oft unerschwinglichen Preisen, die unbewohnt sind. Dagegen wachsende Wohnungsnot auf der anderen Seite, da billiger Wohnraum fehlt, besonders in Ballungsgebieten.

Nicht nur Kinderreiche und Ausländer, sondern auch viele Jugendliche, die aus dem Elternhaus ausziehen, um sich auf eigene Füße zu stellen, wissen kaum an eine geeignete Wohnung zu kommen.

Der Mieterbund schätzt, daß allein in Nordrhein-Westfalen 250.000 Wohnungen fehlen, in Hessen nochmal 100.000!

Staatliches Wohnungsprogramm nötig

Ausreichender und menschenwürdiger Wohnraum sind jedoch ein elementares Bedürfnis, und sollten kein Stück Ware sein, dessen Produktion vom Auf und Ab der kapitalistischen Konjunktur abhängig ist.

Zur Abwendung der Wohnungsnot ist ein umfangreiches staatliches Wohnungsprogramm unbedingt erforderlich, das vorsieht:

- Bau von 1 Millionen Wohnungen
 - Bereitstellung von Mitteln für ein umfassendes Programm zur Altbauanierung bei Beibehaltung der vorherigen Miethöhe
 - Überführung aller leerstehenden Wohnungen in Gemeineigentum und deren Zuweisung an Wohnungssuchende
 - Legalisierung aller Wohnungsbesetzungen
 - Mitbestimmung der Betroffenen bei Sanierungen und Erschließung von Neubaugebieten.
- Für ein solches sozialistisches Wohnungsprogramm sollte die organisierte Arbeiterbewegung mit aller Entschlossenheit kämpfen.

Wohnungsmarkt zeigt Versagen der Marktwirtschaft

Der Wohnungsmarkt ist ein trauriges Beispiel für das Versagen der freien Marktwirtschaft, manchmal auch "sozial" genannt. Hier wird deutlich, daß nur nach dem Profit geht, wo private Interessen im Spiel sind. Deshalb muß die Erfüllung solcher grundlegender sozialer Forderungen aus den Händen von Unternehmern und Banken genommen werden durch:

- Überführung von Grund und Boden in Gemeineigentum
- Verstaatlichung der Banken und Bauunternehmen unter demokratischer Arbeiterkontrolle und -verwaltung.

ARBEITER SCHAFFEN - MANAGER RAFFEN

Fette Vorstandsgehälter in Konzernen

Mir wurde letztens stark schwindelig, als ich eine Aufstellung der Gehälter von Vorstandsmitgliedern verschiedener Aktiengesellschaften ansah. Wenn man dann einen Vergleich zu dem Einkommen eines Arbeiters oder Angestellten zieht, dann stellt sich hier die Frage, aus welchem Grund die Vorstände von Konzernen so horrenden Gehälter beziehen. So z. B. die 11 Vorstandsmitglieder der "Deutschen Bank", die 1978 pro Kopf 858.000 DM bezogen. Kann ein Mensch überhaupt so viel im Jahr arbeiten, um so viel Geld zu verdienen? Oder was müßte dann erst ein Bergmann oder ein Hochofenarbeiter verdienen, die sich bei ihrer Arbeit körperlich ruinieren? Daß man dieses nicht von Vorstandsmitgliedern sagen kann, ist ja wohl allgemein bekannt.

Außerdem kommen noch Vergünstigungen dazu: Spesen für Geschäftsreisen, Dienstwagen, nicht etwa einen 300er Lada, sondern bestimmt einen 100 Mercedes, Höchstwahrscheinlich bekommen die Jungens für einen guten Jahresabschluß noch eine dicke Prämie! Hier zeigt sich wieder: wer schon hat, dem wird noch gegeben, wer aber nichts hat, bekommt auch nichts. Daß

die Jungens Unmengen von Steuern zu bezahlen haben, kann man auch nicht so ohne weiteres glauben. Ich habe auf jeden Fall noch keinen von solchen Vorstandsmitgliedern in einer Mietskaserne wohnen sehen und auch noch keinen in einer alten Ente herumfahren sehen! Diese Schmarotzer behaupten immer, sie würden wöchentlich über 40 Stunden arbeiten, aber das gilt natürlich inklusive Arbeitessen und Geschäftsreisen u.s.w. Ich glaube nicht, daß man so etwas als Arbeitszeit ansehen kann, dann würden bei einem Arbeiter ja leicht 80 Stunden in der Woche herauspringen. Nehmen wir zum Vergleich einmal ein Jahreseinkommen von einem Facharbeiter, von ca. 20.400 DM brutto. Da verdient also ein Vorstandsmitglied der "Deutschen Bank" rund 838.000 DM im Jahr mehr, oder anders ausgedrückt: ein Arbeiter müßte 42 Jahre arbeiten, um das Geld zu verdienen, was diese Brüder in einem Jahr verdienen. Man könnte hier auch noch den Stundenlohn ausrechnen und den mal mit dem eines Arbeiters vergleichen, aber das kann ja jeder mal mit seinem Stundenlohn machen.

Aus der Aufstellung der Gehälter geht hervor: daß die Vorstandsmit-

glieder der "Deutschen Bank" gegenüber ihren "anderen Kollegen" am meisten verdienen. Die sozial Schwächsten aus dieser Brut sind die Vorstandsmitglieder der Handels- und Privatbank mit "nur" 108.000 DM Jahreseinkommen pro Kopf im Jahre 1978.

Es hört sich schon wahnsinnig an, wenn gerade solche Leute bei Tarifverhandlungen behaupten, die Gewerkschaft müsse bei ihren Lohnforderungen Rücksicht auf die wirtschaftliche Situation nehmen. Obwohl die tatsächlichen Lohnerhöhungen gerade mal die Inflationsrate deckt. Ausgerechnet solche Leute behaupten dann frech, die Arbeiter sollen "ihren Gürtel" gefälliger enger schnallen. Das müßte doch wohl eher umgekehrt sein, denn diese Leute müssen abspecken! Sie müssen so weit abspecken, daß ihr Einkommen in eine genau so schmale Brieftasche wie die eines Arbeiters paßt. Dann erst haben solche Leute das Recht, den Arbeitern Vorschläge zu machen, nicht eher! Und das ist nur erreichbar in einem Staat ohne Klassenunterschiede, mit nur einer einzigen großen Klasse, und das ist die Arbeiterklasse. Dies ist wiederum nur möglich in einem sozialistischen Staat, wo die Arbeiterklasse endlich frei vom Unternehmertum und den dazugehörigen Unterdrückungsinstrumenten ist. Das alles kann jedoch, wie Karl Marx schon sagte, nur die Arbeiterklasse selber mit einer sozialistischen Führung erreichen.

VON ANDREAS BAUMGARTEN, MITGLIED DER SPD UND DER IG METALL

KILLT BILD?

Ex-BILD-Redakteur tot aufgefunden

Ort des Geschehens: Köln, im März 1980.

Opfer: der ehemalige Redakteur der Kölner BILD-Redaktion, Heinz Willmann.

Täter: unbekannt.

Hergang: der Journalist wurde am Dienstag, den 18. März 1980, tot in seiner Wohnung aufgefunden. Nach den Ergebnissen der Obduktion ist er an äußeren und inneren Blutungen gestorben.

Auf den ersten Blick kein besonderer Fall. Er wird es erst durch weitere Umstände: Heinz Willmann hatte den Journalisten Günter Wallraff darüber informiert, daß dessen Telefon während seiner Recherchen für sein zweites Buch über BILD von der Kölner BILD-Redaktion über mehrere Tage angezapft worden war. Willmann war der einzige Augen- und Ohrenzeuge Wallraffs für diesen illegalen Lauschangriff. Wie Wallraff erklärte, habe Willmann gerade an einem fiktiven Krimi über BILD-Praktiken sowie Kontakten zwischen BILD und dem Bundesnachrichtendienst gearbeitet.

Seit Willmann sich offen auf Wallraffs Seite gestellt und auch im Fernsehen ("Monitor" Nov. 79) Beispiele für die Arbeitsweise der Lügenfabrik "Bildzeitung" erzählt hat, lebte er in ständiger Angst.

Er wurde beschattet, verfolgt, bedroht und erpreßt. Mal schlug man ihn im Ohrstuhl zusammen, mal bot man

ihm Geld an, wenn er seine Kenntnisse für sich behalten und weder beim Staatsanwalt noch in Prozessen gegen Bild aussagen würde.

Jetzt kann er nicht mehr aussagen. Er selbst hatte mal erklärt, wenn man ihn jemals tot auffinde, so sei dies auf Fremdverschulden zurückzuführen.

Die Kölner Gerichtsmedizin beilegte sich demgegenüber zu erklären, ein Fremdverschulden sei nicht feststellbar.

Und die sogenannte "vierte Gewalt" im Staate, der Rundfunk, die Presse? Sie beschränken sich auf die Wiederholung einer nichtssagenden dpa-Meldung zum Tode des Journalisten. Kein Wort in "Monitor", keine Zeile im "Stern" oder in der "Frankfurter Rundschau" - die "Liberalen" übten sich in vornehmer Zurückhaltung.

Inzwischen wurde der nächste Coup bereits gelandet: Einbruch bei der von Wallraff ins Leben gerufenen Frankfurter "GegenBILDstelle", einer Koordinierungsstelle zum Kampf gegen die Bildzeitung. 4500 Anschriften von BILD-Geschädigten, Redakteuren aus BILD-Redaktion, Anwälten, Wallraff-Informanten und örtlichen Aktionsgruppen wurden gestohlen. Die Polizei ermittelte routinemäßig: Tatortarbeit, Spurensicherung, Gespräche mit Mitarbeitern, die über einen Schlüssel verfügten.

Bei der Ermittlung der Täter wird sie vermutlich noch lange im Dunkeln tappen...



VORAN

SPD-WAHLPARTEITAG IN ESSEN

RÜCKSICHT AUF FDP? Linke ohne klare Orientierung

Beim SPD-Wahlparteitag am 9./10. Juni in Essen ging es hauptsächlich um die Verabschiedung des Wahlprogramms zur Bundestagswahl. Wie schon vor vier Jahren, so waren auch jetzt wieder Parteivorstand und Antragskommission bemüht, die Wahlaussagen so unverbindlich wie möglich zu halten.

Die Genossen vom Parteivorstand wiesen Hoffnungen auf eine absolute Mehrheit von vorneherein als "Illusion" von sich. Es soll nur ins Wahlprogramm, was auch wirklich durchgesetzt werden könne - meinte Dieter Eichhorn von der Antragskommission, und Reinhard Meiners wurde noch deutlicher: "Wir sollten nicht etwas fordern, das wir mit der FDP nicht erreichen können."

Zum Thema "Umweltschutz" waren bis auf eine Fußnote (Hinweis auf eine Broschüre des Parteivorstandes) keine konkreten Vorhaben zu sichten. Mit gutem Recht wiesen einige Delegierte auf diese Schwachstelle hin, weil gerade jetzt die Partei in Sachen Umweltschutz konkret werden müßte, um von der Jugend noch ernstgenommen zu werden. Aber hierzu vorliegende weitergehende Anträge wurden von dem Sprecher der Antragskommission abgelehnt - Eine Aufnahme einzelner Punkte in das Programm wäre unangemessen, und Horst Ehmke meinte gar, daß der Stil eines Initiativantrages nicht in das Wahlprogramm passe.

Eine längere Debatte entzündete sich um die Frage des Kommunalwahlrechts für Ausländer. Helmut Schmidt hatte sich schon in seinem Grundsatzreferat dagegen ausgesprochen. (Obwohl diese Forderung schon vom Mannheimer Parteitag 1975 verabschiedet worden war). Zahlreiche Delegierte bekräftigten diese Forderung nochmal, und so fühlte sich Helmut Schmidt dazu genötigt, persönlich in die Diskussion einzugreifen.

Er sprach in seinem "links" klingenden Argument von einer "Scheinlösung", weil eine Durchsetzung des Ausländerwahlrechts kein einziges Problem auch nur ankratzen würde, um dann wieder fast sofort nationalistische Töne anklingen zu lassen: es gehe schließlich um ein Programm für deutsche Wähler... Andere Vertreter des Parteivorstandes brachten das Argument, daß das Kommunalwahlrecht ja schließlich Ländersache sei.

Demgegenüber hob Klaus Thüsing (MdB) hervor, daß diese Forderung ein



... muß der aber einen Bammel vor der absoluten Mehrheit haben!

Signal wäre für die Bevölkerungsgruppe der Ausländer, um ihnen Mut zu machen, und Peter von Oertzen stellte fest, daß der Kampf um die politische Gleichberechtigung eine politische Vorbedingung zur Lösung der Probleme sei. Paolo Lavista, "italienischer Staatsbürger und SPD-Mitglied", betrachtete diese Diskussion als schädlich für die Partei und erinnerte daran, daß viele Ausländer Anfang der 70er Jahre überhaupt nur deshalb in die Partei eingetreten seien, weil die Partei diese Forderung aufgestellt habe. Am Ende der Debatte konnte Helmut Schmidt aber seinen Willen dann doch durchsetzen. (Obwohl selbst die FDP diese Forderung in ihrem Programm drin hat!).

Auch ein Initiativantrag zur beruflichen Bildung, der ausdrücklich die Chance zur qualifizierten Ausbildung für alle Jugendlichen forderte, wurde vom Bildungsminister Schmude abgelehnt. Warum? Weil er "in dieser Formulierung" nicht in das Wahlprogramm reinpasse...

Und so ging dies in allen Fragen. Eine Delegierte, die zum ersten Mal zu einem Bundesparteitag gekommen war, stellte die ironische Frage, ob man nicht gleich alles per Briefwahl hätte abstimmen lassen können.

Ein Antrag des Ortsvereins Göttingen kritisierte, daß der Programmentwurf des Parteivorstandes viel zu spät übersandt wurde: "Hierin wird von wei-

ten Teilen der Genossen der Versuch gesehen, die Basis von der Beratung und Beschlußfassung über das Wahlprogramm auszuschließen, das sie im Bundestagswahlkampf nachher vertreten müssen."

Ähnlich wie schon beim Berliner Parteitag im Dezember vergangenen Jahres operierte die Linke auch in Essen weitgehend ohne klare Orientierung und Koordinierung. Ein Initiativantrag verurteilte die Bremer Ausschreitungen während der öffentlichen Verteidigung von Soldaten, forderte aber auch die Abschaffung des traditionellen Schwurs auf die Fahne, des Truppeneinfaches mit Fahnen-trägern und der Marschmusik. Als ich mich bei einigen linken Delegierten nach dem Antragsteller erkundigte, wußte keiner Bescheid. Thüsing hatte nicht einmal gewußt, daß dieser Antrag besteht, fand ihn aber nach einmaligem Überfliegen gut. Schließlich konnte ich noch ermitteln, daß dieser Antrag aus der schleswig-holsteinischen AsF kam. Aber als er schließlich zur Behandlung aufgerufen wurde, wollte keiner mehr Wehner und Wischnewski widersprechen. Bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen folgte der Parteitag ihren Vorschlag auf Ablehnung.

HANS-GERD ÜFINGER
(Mitglied der SPD seit 1971)

» Stimmung wie vor Weihnachten «

Ein Betriebsratsvorsitzender erzählte uns über die Stimmung in einem metallverarbeitenden Betrieb in Remscheid nach der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen.

"Am Montag nach der Wahl war die Stimmung hier zweifellos positiv. Ich kann mich nur an zwei Tage im Jahr erinnern, an denen es eine ähnliche Freude und Genugtuung gibt: der letzte Arbeitstag vor Weihnachten und der letzte Tag vor dem Urlaub.

Die Kollegen waren alle wählen gegangen und haben alle überwiegend SPD gewählt. Im gewerblichen Bereich hat sich nur einer zur CDU bekannt.

Am meisten haben sich die Kollegen darüber gefreut, daß die CDU eine Schlappe erlitten hat. Jetzt werden natürlich auch größere Erwartungen an die SPD gestellt, weil sie sich mit ihrer absoluten Mehrheit nicht mehr hinter der FDP verstecken kann. Es wurde auch deutlich, daß vor allem die "älteren" Arbeiter erkannten, worauf es ankommt.

Unsere Belegschaft weiß, daß

Strauß das Großkapital vertritt und daß von einer Regierung Strauß eine Benachteiligung der sozialen Belange, ein Abbau der sozialen Erleichterungen und Einkommensverminderungen zu erwarten sind.

Aber die Haltung zur SPD-Führung ist skeptisch. Viel skeptischer als 1972. Damals war noch klar erkennlich, was die SPD für Reformvorhaben einbringen will. Man fürchtete, daß ein Sturz der Regierung mit einem Schlag alle Ansätze vernichten würde. Darum knallten nur so die Sektorkorken im Betrieb, als das Mißtrauensvotum von Barzel und Strauß gegen die Regierung Brandt gescheitert war.

Der SPD-Sieg in der Landtagswahl hat auch viele Gewerkschaftsfunktionäre ermuntert, wieder aktiver in der Partei zu arbeiten. Diese traditionellen Verbindung zwischen Partei und Gewerkschaften kannste einfach nicht trennen.

Die Stimmung wird auch bis zur Bundestagswahl anhalten. Die paar CDU-Leute im Betrieb haben keine Chance."

Nordrhein-Westfalen	Landtagswahl 11. Mai 1980	Bundestagswahl 3. Oktober 1976	Landtagswahl 4. Mai 1975
Wahlberechtigte	12.316.648	12.118.533	12.035.289
gültige Stimmen	9.866.340	10.989.562	10.262.205
Wahlbeteiligung	80,1%	91,3%	86,1%
SPD (absolut)	4.744.727	5.153.959	4.630.995
SPD (Prozent)	48,4%	46,9%	45,1%
CDU (absolut)	4.240.284	4.892.278	4.630.995
CDU (Prozent)	43,2%	44,5%	47,1%
FDP (absolut)	488.946	860.331	689.623
FDP (Prozent)	4,986% (höchst!)	7,8%	6,7%
DKP (absolut)	30.519	38.176	54.777
DKP (Prozent)	0,3%	0,3%	0,5%
Grüne (absol.)	291.144	-----	-----
Grüne (Proz.)	3,0%	-----	-----

Absolute Mehrheit keine Utopie

Nach der Landtagswahl in NRW hat sich manches SPD-Mitglied schon die Hoffnung auf eine absolute SPD-Mehrheit bei der nächsten Bundestagswahl gemacht. Und eben dies zu verhindern, hat sich die CDU zum Hauptziel gemacht: so bescheiden ist sie geworden.

Unsere Parteiführung hingegen versucht so gut sie kann, die Stimmung zu dämpfen und vor "Übermut" zu warnen. Sie behauptet, daß man die "besonderen Bedingungen" von NRW nicht mit der ganzen Bundesrepublik vergleichen könne.

Dabei besteht das Land NRW nicht nur aus dem Ruhrgebiet, sondern auch aus weiten ländlichen katholischen Gebieten, in denen die CDU immer noch fette Mehrheiten um die 60% einstecken kann: Eifel, Sauerland, Raum Paderborn, Münsterland und Niederrhein.

Und in ausnahmslos allen Wahlkreisen bot sich dasselbe Bild: Gewinne für die SPD und Verluste für die CDU und FDP. Gerade in bisher unbezwingbar scheinenden katholischen CDU-Gebieten konnte die SPD mit die meisten Gewinne erzielen und der CDU sogar Wahlkreise abnehmen (so z.B. in Krefeld und Steinfurt III).

Daß jetzt, wie schon in Hamburg und Niedersachsen, auch im Düsseldorfer Landtag nur noch SPD und CDU vertreten sind, ist Ausdruck einer allgemeinen politischen Polarisierung zwischen Arbeitern und Kapitalisten.

In NRW wußte die Masse der SPD-wählenden Arbeiter und Jugendlichen, daß ein CDU-Sieg bei der Landtagswahl die Machtübernahme von Strauß bei der Bundestagswahl gefördert hätte. Im Saarland, wo die SPD am

27. April zum ersten Mal bei einer Landtagswahl überhaupt vor der CDU lag, hatte die Hoffnung auf eine SPD-Mehrheit im Land zu einer starken Mobilisierung geführt.

Dagegen war in Baden-Württemberg bei der Wahl vom 16. März gerade diese Mobilisierung hin zur SPD ausgeblieben, weil die SPD schon von Anfang an sich mit der Aussicht auf einen CDU-Sieg abgefunden hatte. (Schwächliche Hauptparole: "Für ein bißchen mehr Menschlichkeit"). Weiterhin waren manche rechte SPD-Funktionäre nicht bereit gewesen, den Wahlkampf des SPD-Spitzenkandidaten Epler zu unterstützen. Unter solchen Umständen blieb auch die Wahlbeteiligung auf dem absoluten Tiefstand von 72,1% und konnten die Grünen über 5% erreichen. (Zum Vergleich: Wahlbeteiligung Landtagswahl 1976: 75,5% und Bundestagswahl 1976: 89,1%).

Im Gegensatz dazu waren im Saarland und in NRW die Grünen mit ca. 3% Stimmen Opfer der Polarisierung zwischen Strauß und der SPD geworden. Sie bleiben zwar weiterhin eine ernstzunehmende Protestbewegung unzufriedener Jugendlicher, aber in die Arbeiterschaft und die Industriezentren überhaupt haben sie nicht entscheidend eindringen können.

Auch die linken Splittergruppen konnten sich bei diesen Wahlen nur eine Bescheinigung ihrer Bedeutungslosigkeit holen.

Die DKP setzte mit einem neuen Tiefstand von 30.519 Stimmen (0,3%) ihren bundesweiten Abwärtstrend weiter fort, und der KBW konnte seine Stimmzahl auf 2.358 fast halbieren.

Gewerkschafter gegen Strauß

Am 7. Mai war der Kanzlerkandidat der Unionsparteien zu einer Abschlussskundgebung des nordrhein-westfälischen Landtagswahlkampfes im Gütersloher Fußballstadion. Auch in Gütersloh fand, wie in anderen Städten zuvor, eine "Anti-Strauß"-Kundgebung statt. Initiatoren dieser Stoppt-Strauß Veranstaltung waren der SPD-Bundestagsabgeordnete Klaus Thüsing, die Gewerkschaft Holz und Kunststoff (GHK) und eine Stoppt-Strauß-Initiative am Ort. Der Sekretär der GHK, Peter Stahlheber, machte in seiner Rede deutlich, daß Strauß nicht als der rechte Buhmann hingestellt werden dürfe. Es gelte vielmehr eine Rechtsbewegung zu bekämpfen, als nur die Person Strauß. Von einem IG Metall Betriebsrat aus Düsseldorf wurde berichtet, wie groß die Ablehnung unter den Arbeitern gegen Strauß sei. Seinen Kollegen werde immer deutlicher, was sich hinter Strauß verbirgt: nämlich eine arbeiterfeindliche Politik, die zur Lähmung der Gewerkschaften und zu einer Bescheidung ihrer Rechte führe. Ein türkischer Kollege sagte zum Schluß der Kundgebung, daß unter seinen Kollegen die Empörung über die Ausländerfeindlichkeit der Äußerungen Strauß' sehr groß sei.

Die Veranstaltung war ein Schritt in die richtige Richtung, z.B. stand in einem Flugblatt der GHK nicht nur etwas davon, daß Strauß zu verhindern sei, sondern daß es in Zukunft gelte, die Arbeitnehmerinteressen und gewerkschaftliche Forderungen offensiv zu vertreten.

Weiter werden auch schon jetzt Forderungen an die Regierungsparteien gestellt, die lauten:

- * Verbot der Aussperrung
- * Humanisierung der Arbeitswelt
- * Wiederherstellung der Vollbeschäftigung
- * Bewahrung der Tarifautonomie
- * Verteidigung der Einheitsgewerkschaft

Diese Forderungen sind ein erster Ansatz, aber sie bleiben so zu allgemein und zu unverbindlich. Könnte nicht auch ein CDU-Mensch die Humanisierung der Arbeitswelt und Vollbeschäftigung fordern? Und diese For-

derungen an die Regierungsparteien richten, heißt doch auch, der FDP den Willen zur Durchsetzung von Arbeiterinteressen zu unterstellen. Was aber soll man als Gewerkschafter von dieser Unternehmerpartei erwarten? Schließlich muß uns klar sein, daß auch nach einem SPD-Wahlsieg die Angriffe der Unternehmer auf unsere Errungenschaften weitergehen werden. Nur mit unserer eigenen Kraft werden wir sie abwehren können.

PETER FROESE
(Mitglied in SPD und IG Metall)



ABONNIERT VORAN

ICH MÖCHTE VORAN ABONNIEREN
und habe DM 7,- auf das Postscheckkonto
Hans-Gerd Üfinger, PSchA Essen Nr. 17020-433
überwiesen. (Abopreis für sechs Ausgaben)
Lieferung erfolgt nach Zahlungseingang.

Name: _____
Adresse: _____

Redaktion "Voran" 563 Remscheid, Hammesbergerstr. 75